



Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 29. Dezember 1945 - 45. Jahrgang - Nr. 52

Der Stand der Kleinhandelspreise in den Schweizer Städten am 1. Dezember 1945

Am 1. Oktober 1920 erreichte die Kriegs- und Nachkriegsteuerung des ersten Weltkrieges ihren endgültigen Höhepunkt, und es trat in der Folge ein Preisrückgang ein, der die vom V.S.K. berechnete Indexziffer von 261,6 Punkten am 1. Oktober 1920 innerhalb eines Zeitraumes von nicht ganz zwei Jahren auf einen vorläufigen Tiefstand von 156,3 am 1. September 1922 zurückführte. Es ist nun interessant, feststellen zu können, dass sich auch nach dem zweiten Weltkrieg in einem Zeitpunkt, der zwar nicht vom Kriegsende, wohl aber vom Kriegsanfang genau gleich weit entfernt ist, zum erstenmal ein stärkerer Preisrückgang bemerkbar macht, nachdem, wie nach dem Kriege von 1914—1918, schon vorher bisweilen kleinere, mehr oder weniger saisonmässig bedingte Senkungen des Preisniveaus eingetreten waren. Stand nämlich die Indexziffer des V.S.K. am 1. September 1945 auf 220,9, wenn der 1. Juni 1914, und auf 168,2, wenn der 1. September 1939 = 100 gesetzt wird, so ergibt sich auf den 1. Dezember 1945 ein Stand von 213,5 bzw. 162,6, das heisst ein Rückgang von 7,4 Punkten mit Bezug auf die letzte Indexziffer vor dem ersten und von 5,6 Punkten mit Bezug auf die letzte Indexziffer vor dem zweiten Weltkrieg. Eine derartige Senkung ist unbedingt als aussergewöhnlich zu betrachten, und wenn auch keineswegs anzunehmen ist, dass der Preisabbau weiterhin verlaufen wird wie nach dem ersten Weltkrieg, so dürfte doch heute schon soviel feststehen, dass die Zeit zwischen dem 1. September und dem 1. Dezember 1945 die eigentliche Preiswende des zweiten Weltkrieges darstellt und damit in bezug auf den zweiten Weltkrieg dem vom Ausbruch des ersten Weltkrieges gleich weit entfernten letzten Vierteljahr des Jahres 1920 gleichzusetzen ist.

Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg kommt allerdings die Preiswende des zweiten nicht gleichsam als eine Gabe des Geschickes, sie stellt vielmehr in der Hauptsache einen bewussten Willensakt der kriegswirtschaftlichen Behörden unseres Landes dar. Wie die Einzelheiten noch zeigen werden, ist nämlich der Rückgang der Indexziffer im wesentlichen bedingt durch die Preisabschläge auf einzelnen Importartikeln, die der Bundesrat als oberste kriegswirtschaftliche Instanz in Anpassung an die augenblicklichen Wiederbeschaffungspreise, die im Gegensatz dazu, wie es im

Kriege zumeist der Fall gewesen war, nicht höher, sondern tiefer liegen, verfügt hat.

Im ganzen zeigen von den einzelnen Preisangaben, die uns für den 1. Dezember 1945 zugegangen sind, gegenüber dem 1. September 1945 volle 522 einen Rückgang und nur 80 eine Erhöhung, und von den 48 schweizerischen Durchschnittspreisen, die wir aus den alles in allem 1350 Einzelpreisen berechneten, weisen 25 einen Abschlag, 9 einen Aufschlag und 14 überhaupt keine Veränderung auf. Preissteigerungen von einer gewissen Bedeutung verzeichnen nur Schwarztee (6,7 %) und Kalbfleisch (5,4 %). Dabei ist der Aufschlag des Schwarzteepreises zur Hauptsache nicht in einer tatsächlichen Erhöhung des Abgabepreises, sondern in einer besseren Anpassung der Preisangaben einzelner Verbandsvereine an die Qualitätsvorschrift (mittlere Qualität) begründet, und der Aufschlag des Kalbfleischpreises auf der andern Seite zur Hauptsache saisonmässig bedingt, wenn auch zuzugeben ist, dass die Steigerung über das übliche Mass hinausgeht. Den zwei Aufschlägen stehen nicht weniger als 19 Abschlüsse, die ein gewisses Ausmass aufweisen, gegenüber. Es sind das Bohnen und Linsen (je 33,3 %), Erbsen (32,1 %), Gerste (29,3 %), Milchschokolade (28,0 %), Petroleum (25,2 %), Reis (23,2 %), Haferflocken und Hafergrütze (je 22,8 %), Teigwaren (20,9 %), Speiseöl (20,0 %), Einheitsmehl (18,6 %), Maisgriess (16,7 %), Einheitsbrot (14,5 %), Kartoffeln im Migrosverkauf (14,3 %), gedörrte Zwetschgen (13,3 %), Kartoffeln im Detailverkauf (6,2 %), Seife (4,6 %) und Röstkaffee (2,9 %). Von diesen 19 Artikeln fallen nicht weniger als 13, nämlich Bohnen, Linsen, Erbsen, Gerste, Petroleum, Reis, Haferflocken, Hafergrütze, Teigwaren, Speiseöl, Einheitsmehl, Maisgriess und Einheitsbrot unter die Wirkung der erwähnten Aktion des Bundes, wobei einschränkend zu bemerken ist, dass der am 1. Dezember angekündigte Abschlag des Petroleumpreises im Gegensatz zu dem sämtliche berichtenden Verbandsvereine erfassenden Abschlag der übrigen 12 Artikel am 1. Dezember, unserem Stichdatum, erst bei einem Teil der Verbandsvereine durchgeführt war. Zu den nicht durch die Preisaktion des Bundes beeinflussten Preisrückgängen aber ist folgendes zu bemerken: In Milchschokolade wurde durch die Industrie und den Handel, also von privater Seite, eine

Durchschnittspreise

Artikel	Einheit	Preis am			Veränderung am 1. Dez. 1945 gegenüber dem	
		1. Dez. 1945	1. Sept. 1945	1. Sept. 1939	1. September 1945	1. September 1939
		Fr.	Fr.	Fr.	‰	‰
Butter, Koch-	kg	768	767	443	+ 0,1	+ 73,4
Butter, Tafel- (Zentrifugen), in Mengen unter 1 kg	"	808	808	503	—	+ 60,6
Käse, la Emmentaler oder Greyerzer	"	438	438	293	—	+ 49,5
Milch, Voll-, im Laden abgeholt	Liter	40	40	33	—	+ 21,2
Fett, Kokosnuss-, in Tafeln	kg	348	348	157	—	+ 121,6
Fett, Koch-, billigste Qualität	"	376	382	180	— 1,6	+ 108,0
Fett, Schweine-, importiertes	"	541	541	227	—	+ 138,3
Fett, Schweine-, einheimisches	"	546	546	220	—	+ 148,2
Oel, Speise-	Liter	276	345	150	— 20,10	+ 84,10
Brot	kg	47	55	44	— 14,5	+ 6,8
Mehl, Einheits-	"	48	59	41	— 18,10	+ 17,1
Mehl, Weiss-	"	160	160	46	—	+ 247,8
Weizengriess	"	149	149	41	—	+ 263,4
Maisgriess, zu Kochzwecken	"	70	84	34	— 16,7	+ 105,9
Gerste, Roll-, Nr. 1	"	94	133	50	— 29,3	+ 88,0
Haferflocken, offene	"	95	123	48	— 22,8	+ 97,9
Hafergrütze, offene	"	105	136	54	— 22,8	+ 94,4
Teigwaren, billigste Qualität, offene	"	87	110	59	— 20,10	+ 47,4
Bohnen, weisse, la	"	138	207	48	— 33,3	+ 187,5
Erbsen, gelbe, ganze, la	"	144	212	60	— 32,1	+ 140,0
Linsen	"	138	207	74	— 33,3	+ 86,5
Reis, billigste Qualität	"	126	164	50	— 23,2	+ 152,0
Fleisch, Mittelpreis zwischen I. und II. Qualität						
Fleisch, Kalb-, gewöhnl. Braten-, mit Knochen	"	782	742	350	+ 5,4	+ 123,4
Fleisch, Rind-, gewöhnl. Braten- und Siede-, mit Knochen	"	504	496	279	+ 1,6	+ 80,6
Fleisch, Schaf-, gewöhnl. Braten- u. Siede-, mit Knochen	"	746	735	315	+ 1,5	+ 136,8
Fleisch, Schweine-, frisches, mageres, mit Knochen	"	712	711	349	+ 0,1	+ 104,0
Speck, einheimischer, geräuchert, magerer	"	912	912	389	—	+ 134,4
Eier, Import-	Stück	36	36	12	—	+ 200,0
Kartoffeln, im Detail	kg	30	32	22	— 6,2	+ 36,4
Kartoffeln, migros, sackweise	"	24	28	20	— 14,3	+ 20,0
Honig, einheimischer, offener	"	758	769	430	— 1,4	+ 76,3
Zucker, Kristall-, weisser	"	119	119	54	—	+ 120,4
Schokolade, Menage	"	442	452	225	— 2,2	+ 96,1
Schokolade, Milch-, billigste Qualität, in Tafeln	"	427	593	258	— 28,0	+ 65,5
Sauerkraut	"	71	65	44	+ 9,2	+ 61,4
Zwetschgen, gedörnte, mittelgrosse	"	340	392	92	— 13,3	+ 269,0
Essig, Wein-	Liter	120	120	64	—	+ 87,5
Wein, Rot-, gewöhnlicher	"	221	224	101	— 1,3	+ 118,8
Schwarztee, mittlere Qualität	kg	1487	1393	761	+ 6,7	+ 95,4
Zichorien, kurante Qualität	"	320	320	107	—	+ 199,1
Kakao	"	369	374	198	— 1,3	+ 86,4
Kaffee, Santos, grüner, mittlere Qualität	"	428	519	211	— 17,5	+ 102,6
Kaffee, Röst-, Pflichtmischung	"	395	407	280	— 2,9	+ 41,1
Anthrazit, ins Haus geliefert	100 kg	1980	1976	977	+ 0,2	+ 102,7
Brikette, ins Haus geliefert	100 kg	1349	1348	722	+ 0,1	+ 86,8
Brennsprit, 92°	Liter	220	220	68	—	+ 223,5
Petroleum, Sicherheitsöl, offenes	"	83	111	30	— 25,2	+ 176,7
Seife, Kern- (Pflichtseife)	kg	185	194	85	— 4,8	+ 117,6

Aktion durchgeführt. Der Preisabschlag auf Kartoffeln im Migros- sowohl als im Detailverkauf ist saisonmässig bedingt. Gedörnte Zwetschgen neuer Ernte sind nicht mehr mit den hohen Frachten und Versicherungsprämien der Ernte 1944 belastet und deshalb billiger. Bei Seife liegt, ähnlich wie bei Schwarztee, nur mit umgekehrten Vorzeichen, in der Hauptsache eine «Gleichschaltung» der Qualitäten vor. Der Preisrückgang auf Röstkaffee schliesslich stellt einen

Ausläufer der bereits am 1. September festgestellten, ausgesprocheneren Preisentwicklung dar.

Die Aktion des Bundes hat zwar durchwegs eine beträchtliche Preisreduktion zur Folge gehabt, dagegen keineswegs die Vorkriegsrelation der von der Aktion erfassten Artikel wiederhergestellt. Vergleichen wir den Stand, den die Preise nach der Durchführung der Aktion erreicht haben, mit dem Stand vom 1. September 1939, wobei wir Petroleum, weil

dort die Aktion am 1. Dezember noch nicht abgeschlossen war, weglassen, so stellen wir fest, dass Brot nur noch 6,8 %, Einheitsmehl nur noch 17,1 % und Teigwaren nur noch 47,4 % teurer sind, dass sich der Grad der noch bestehenden Teuerung bei sechs Artikeln zwischen 80 und 110 % hält, dass dagegen Erbsen immer noch um 140,0 %, Reis um 152,0 % und Bohnen sogar um volle 187,5 % über den Preisen vom 1. September 1939 stehen. Im Rahmen sämtlicher Artikel, die unsere Preiserhebungen umfassen, nimmt nun Brot mit nur 6,8 % die frühere Stellung der Milch als des Artikels mit dem kleinsten Mehrpreis dem 1. September 1939 gegenüber ein. Dem Brot folgen Einheitsmehl mit 17,1 %, Kartoffeln im Migrosverkauf mit 20,0 %, Milch mit 21,2 %, Kartoffeln im Detailverkauf mit 36,4 % usw. Relativ besonders teuer sind auf der andern Seite nun gedörrte Zwetschgen, die trotz des Abschlages mit 269,6 % an der Spitze stehen, Weizengriess mit 263,4 %, Weissmehl mit 247,8 %, Brennsprit mit 223,5 %, Eier mit 200,0 % und so weiter.

Die Preiskontrolle setzte für die von der Aktion des Bundes erfassten Artikel mit Ausnahme des Brotes, für das besondere Verhältnisse vorliegen, neue Höchstpreise fest. Höchstpreise sind keine Richtpreise, sondern nur Begrenzungen nach oben, und es steht jedem Warenvermittlungsunternehmen frei, die Artikel zu

Preisen abzugeben, die unter den Höchstpreisen liegen. Da die Konsumgenossenschaften das durch ihren Zweck bedingte Bestreben haben, ohne Dumping zu betreiben, die Warenpreise so tief als möglich anzusetzen, ist es von Interesse zu untersuchen, wie weit die von den Konsumgenossenschaften tatsächlich angewandten neuen Preise von den Höchstpreisen abweichen. Die von den in Frage kommenden Konsumgenossenschaften angewandten Rückvergütungsansätze schwanken zwischen 5 und 10 %. Um die sich daraus ergebenden Ungleichheiten zu beheben, haben wir Durchschnittsnettopreise berechnet und stellen nun diese den amtlichen Nettohöchstpreisen gegenüber. Das Ergebnis ist folgendes:

	Höchstpreise Rp.	Konsumgenossenschaftspreise Rp.	Konsumgenossenschaftspreise niedriger als Höchstpreise %
Teigwaren	92	80,9	12,1
Bohnen	145	127,6	12,0
Linsen	145	127,6	12,0
Erbsen	150	132,8	11,5
Einheitsmehl	50	44,6	10,8
Speiseöl	286	255,8	10,6
Hafergrütze	109	97,4	10,6
Gerste	96	87,3	9,1
Haferflocken	96	87,4	9,0
Maisgriess	70	65,2	6,9
Reis	124	116,9	5,7

Städteindexziffern vom 1. Dezember 1945

Städte	Indexziffern			Rangordnung		
	brutto total Fr.	netto		brutto total	netto	
		total Fr.	ohne Milch und Fleisch Fr.		total	ohne Milch u. Fleisch
Städtemittel	2277.61	2188.17	1218.31			
1. Zürich	2300.02	2214.69	1220.30	25.	17.	8.
2. Basel	2261.94	2117.49	1183.98	14.	1.	1.
3. Bern/Köniz	2240.40	2191.87	1225.97	7.	13.	11.
4. Genève	2353.—	2285.57	1236.76	29.	28.	17.
5. Lausanne	2270.42	2221.03	1242.13	18.	20.	19.
6. St. Gallen	2289.32	2246.05	1262.85	22.	26.	26.
7. Winterthur	2252.31	2191.89	1230.53	12.	14.	13.
8. Luzern	2224.59	2158.43	1214.89	3.	5.	6.
9. Biel (B.)	2244.77	2185.71	1230.75	9.	10.	14.
10. La Chaux-de-Fonds/Le Locle	2229.65	2191.62	1244.42	4.	12.	20.
11. Fribourg	2210.08	2133.88	1209.55	1.	2.	4.
12. Neuchâtel	2246.31	2197.35	1231.23	10.	15.	15.
13. Schaffhausen	2299.83	2243.28	1237.22	24.	25.	18.
14. Thun	2244.36	2189.40	1220.36	8.	11.	9.
15. Chur	2253.07	2159.32	1206.98	13.	6.	3.
16. Lugano	2350.19	2290.70	1254.31	28.	29.	24.
17. Solothurn	2248.70	2167.05	1204.06	11.	8.	2.
18. Olten	2240.13	2162.—	1216.95	6.	7.	7.
19. Aarau	2266.92	2207.02	1229.74	16.	16.	12.
20. Herisau	2298.41	2233.74	1264.71	23.	23.	28.
21. Vevey	2320.99	2256.10	1264.09	27.	27.	27.
22. Zug	2238.11	2173.61	1247.08	5.	9.	21.
23. Bellinzona	2301.31	2235.47	1250.87	26.	24.	23.
24. Grenchen	2276.44	2157.81	1211.43	20.	4.	5.
25. Yverdon	2268.98	2227.88	1265.61	17.	21.	29.
26. Rorschach	2220.97	2139.09	1220.47	2.	3.	10.
27. Uster	2274.46	2219.53	1249.36	19.	19.	22.
28. Baden	2263.35	2215.68	1236.11	15.	18.	16.
29. Burgdorf	2278.02	2229.76	1260.58	21.	22.	25.

Gruppenindexziffern

Indexgruppen	Indexziffern am						Veränderung am	
	1. Dezember 1945		1. September 1945		1. September 1939		1. Dez. 1945 gegenüber dem	
	an sich	1. Juni 1914 = 100	an sich	1. Juni 1914 = 100	an sich	1. Juni 1914 = 100	1. September 1945	1. September 1939
	Fr.		Fr.		Fr.		%	%
Milch und Milcherzeugnisse	617.13	181	616.62	180	471.15	138	+ 0,1	+ 31,0
Speisefette und -öle	99.34	247	102.90	256	44.46	110	— 3,5	+ 123,4
Getreideprodukte	307.66	143	362.12	168	257.74	120	— 15,0	+ 19,4
Hülsenfrüchte	24.66	265	34.72	372	10.14	109	— 29,0	+ 143,2
Fleisch	547.01	276	538.58	272	286.35	145	+ 1,6	+ 91,0
Eier	144.—	360	144.—	360	48.—	120	—	+ 200,0
Kartoffeln	75.—	158	80.—	168	55.—	116	— 6,2	+ 36,4
Süsstoffe	94.18	246	94.38	247	44.25	116	— 0,2	+ 112,8
Genussmittel	64.47	179	65.71	182	37.17	103	— 1,9	+ 73,4
Sämtliche Nahrungsmittel	1973.45	204	2039.03	211	1254.26	130	— 3,2	+ 57,3
Gebrauchsgegenstände	304.16	303	317.78	316	146.75	146	— 4,3	+ 107,3
Sämtliche Artikel	2277.61	227	2356.81	221	1401.01	131	— 3,4	+ 62,6

Der Vergleich zeigt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, dass die Konsumgenossenschaften tatsächlich nicht von den Höchstpreisen profitieren, sondern eine von der amtlichen Höchstpreissetzung durchaus unabhängige Preispolitik betreiben. In nicht weniger als 7 der im ganzen 11 Fälle übersteigt die Differenz zugunsten der Konsumgenossenschaften volle 10 %, und auch in den 4 weiteren Fällen ist sie immer noch ganz beträchtlich.

Die Aktion des Bundes beschränkt sich auf Importartikel. Das erklärt, dass, trotzdem auch das für die Lebenshaltung sehr wichtige Brot davon erfasst wurde, der Rückgang der Indexziffer nicht noch ausgesprochen ist. Es ist nicht ausser acht zu lassen, dass die einheimische Produktion an Nahrungsmitteln, trotz der starken Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland, auch in normalen Zeiten für die Versorgung unseres Landes doch noch wichtiger ist als die Einfuhr. Diese Tatsache bedeutet aber auch, dass einem Preisabbau verhältnismässig enge Schranken gesetzt sind, solange er sich nicht auch auf die Landesprodukte, das Wort in seinem weitesten Sinne genommen, erstreckt. Während des Krieges waren, gemessen am Vorkriegspreisstand, die Importartikel aus naheliegenden Gründen teurer als die Artikel aus eigenem Boden. Es fragt sich nun, ob durch den in der Zeit zwischen dem 1. September und dem 1. Dezember durchgeführten Preisabbau die Einfuhrartikel billiger geworden sind als die Landesprodukte oder aber, insofern das nicht der Fall ist, wie weit dadurch eine Annäherung des Preisniveaus der beiden Gruppen erfolgt ist. Darüber gibt uns folgende Aufgliederung der Gesamtindexziffer Aufschluss:

	1. Sept. 1945	1. Dez. 1945	Änderung
		(1. September 1939 = 100)	
Insgesamt	168,2	162,6	— 5,6
Nahrungsmittel, insgesamt	162,6	157,3	— 5,3
Nahrungsmittel, einheimische	153,5	153,9	+ 0,4
Nahrungsmittel, importierte	180,4	164,0	— 16,4
Gebrauchsgegenstände	216,5	207,3	— 9,2

Die Indexziffer der importierten Nahrungsmittel liegt somit auch am 1. Dezember noch höher als am 1. September. Der Unterschied hat sich aber immerhin ganz merklich vermindert, und es könnte sehr wohl in nicht allzu ferner Zeit eine Umkehrung des augenblicklichen Verhältnisses eintreten. Jedenfalls

wird, wenn auch eine gewisse Revision denkbar ist, die Indexziffer der Landesprodukte kaum wesentlich abgebaut werden, da auf der einen Seite die Lage heute gesünder ist als nach dem ersten Weltkriege, wo zum Beispiel die Milch — am 1. Dezember 1920 — im Durchschnitt der Schweizer Städte 50 Rappen je Liter kostete, währenddem heute der Durchschnittspreis immerhin nur 40 Rappen ist, auf der andern Seite der Wille, eine gesunde Landwirtschaft coûte que coûte zu erhalten, viel ausgesprochen in Erscheinung tritt. Aus diesem Grunde ist auch kein Preisabbau im Ausmasse dessen von 1920—1922 zu erwarten, ganz abgesehen noch davon, dass diesmal die Preise an sich viel weniger hoch hinauf geklettert sind als damals.

Zu Bedenken könnten immerhin gewisse Fleischpreise Anlass geben. Kalbfleisch und Schafffleisch sind durch die zwischen dem 1. September und 1. Dezember eingetretenen neuen Preisaufschläge mit Fr. 7.82 (Kalbfleisch, bisher höchster Preis Fr. 7.71) und Fr. 7.46 (Schafffleisch, bisher höchster Preis Fr. 7.39) teurer geworden als je zuvor. Weiterhin teurer als je vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges bleiben Essig, Wein und grüner Kaffee. Dagegen hat der neueste Preisabbau Gerste, Reis und Petroleum unter dieses Niveau zurückgeführt.

Im Jahresmittel 1945 stellt die Indexziffer mit dem 1. September 1939 als Basis (= 100) auf 167,3. Gegenüber dem Mittel des Jahres 1944 bedeutet das ein Minus von 0,1 Punkten, gegenüber dem Mittel des Jahres 1943 dagegen noch ein Plus von 3,1 Punkten. Die Unterschiede zwischen den drei Jahren sind demnach sehr gering.

Wir waren vor dem Kriege in der Lage, in unsere Untersuchungen regelmässig auch je eine Konsumgenossenschaft der vier die Schweiz umgebenden Länder einzubeziehen. Während des Krieges sind die Preisberichte nach und nach ausgeblieben, zuletzt das des Deutschland repräsentierenden Bezirkskonsumvereins Lörrach. Nun sind uns für den 1. Dezember zwei der vier Preisberichte wieder zugegangen, nämlich der der Société coopérative de consommation de Mulhouse und der der Unificazione S. A. Cooperativa in Como. Das Formular von Mülhausen ist vollständig, so dass ein Vergleich ohne weiteres möglich ist. Auf dem Formular von Como fehlen dagegen einzelne Preisangaben. Immerhin sind die Lücken nicht

übermässig zahlreich. Es geht deshalb sehr wohl an, eine Indexziffer zu berechnen, die nur die Artikel umfasst, für die tatsächlich Preisangaben vorliegen, vorausgesetzt nur, dass man ihr eine auf genau derselben Grundlage beruhende schweizerische Indexziffer gegenüberstellt. Die Ergebnisse unserer Berechnungen sind:

	Mülhausen	Como
Indexziffer in Landeswährung	33 334.21	101 154.09
Indexziffer in Schweizer Franken . .	2 875.08	4 349.63
Offizieller Umrechnungskurs (100 Einheiten ausl. Währung = Schweizer Franken)	8.62½	4.30
Schweizerisches Städtemittel	2 277.61	1 751.63
Ausl. Indexziffern, wenn Schweizerisches Städtemittel = 100	126,2	248,3

Die Zahlen sind interessant an sich sowohl, als wenn man sie zu den schweizerischen Zahlen in Beziehung setzt. Zahlen wie die der Indexziffern von Mülhausen (Fr. frz. 33 334.21) und Como (101 154.09 Liren) haben für uns Schweizer tatsächlich schon einen etwas astronomischen Anstrich. Erstaunliche Ergebnisse liefert aber auch ein Vergleich der auf Grund des offiziellen Wechselkurses berechneten Indexziffern von Mülhausen und Como mit den schweizerischen. Wir gelangen hier zu einem Unterschied zuungunsten des Auslandes von 26,2 % bei Mülhausen und vollen 148,3 % bei Como. War die Schweiz früher eine «Preisinsel» in dem Sinne gewe-

sen, dass sie alle sie umgebenden Länder durch die Höhe ihrer Preise überragte, so liegt der Inselcharakter heute umgekehrt darin, dass sie wesentlich billiger ist. Das gilt allerdings nur für den Fall, dass für die Umrechnung der offizielle Wechselkurs verwendet wird. Würde man an die Stelle des offiziellen einen Schwarzhandelskurs setzen, so ergäbe sich wohl eine Umkehrung des Verhältnisses. Immerhin müsste man dann ebenfalls richtigerweise nicht oder nicht nur die offiziellen, sondern auch die Schwarzhandelspreise in Rechnung stellen, und dann würde sich doch voraussichtlich die Situation wieder zugunsten der Schweiz wenden. Auf alle Fälle zeigen unsere Berechnungen, dass heute die Verhältnisse in den uns umgebenden Ländern gerade umgekehrt sind als nach dem letzten Krieg. Liess man damals der Kursentwicklung freien Lauf, und ergab sich auf Grund dieser Tatsache eine Kaufkraft der Währungen, die höher war als ihre Tauschkraft, so bedingt die heutige Kurspflege, das heisst das künstliche Hochhalten der Währungen dem Ausland gegenüber, dass umgekehrt die Tauschkraft, also das Wechselverhältnis, bedeutend günstiger ist als die Kaufkraft oder der Wert, den die Währung im Lande selbst hat. Daraus entstehen für den Einheimischen sowohl als für den das Land bereisenden Ausländer Verhältnisse, die zwar wesentlich anders als in den dem ersten Weltkrieg folgenden Inflationsjahren, aber deshalb nicht weniger seltsam sind. h.

Ein gewerblicher Überrumpelungsversuch im Nationalrat

Am Donnerstag, dem 20. Dezember, also kurz vor Sessionsschluss im Nationalrat, machte der Gewerbeverbandspräsident, Nationalrat Dr. Gysler, in recht rabiatier Weise noch einmal den Versuch, die Ordnung im Detailhandel, wie sie sich unter dem Regime des Warenhausbeschlusses herausgebildet hat, von neuem wieder einzuführen. Trotzdem kurz zuvor zwischen dem Gewerbeverband und den Konsumgenossenschaften die Aufnahme von Verständigungsverhandlungen vereinbart worden war, reichte Dr. Gysler am Tage nach dieser Besprechung eine Motion folgenden Inhalts ein:

«Bei der Gutheissung des Bundesratsbeschlusses vom 27. Dezember 1944 über die Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern, Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und Filialgeschäften war die Auffassung, dass im Jahre der Geltungsdauer, d.h. bis Ende 1945, eine Lösung zwischen den interessierten Gruppen durch freie Verständigung und Vereinbarung getroffen werde. Die gewerblichen Organisationen haben sich nachweisbar und rechtzeitig in dieser Richtung bemüht. Nachdem leider alle ihre Anstrengungen gescheitert sind, fällt zu Ende des Jahres der genannte Bundesratsbeschluss dahin, ohne dass an dessen Stelle eine Verständigungslösung tritt. Diese Preisgabe wird, wie schon heute Anzeichen vermuten lassen, einen rücksichtslosen wirtschaftlichen Machtkampf gegen den mittelständischen Detailhandel einleiten. Wir sind überzeugt, dass auf diesem Wege der soziale Friede und die Sozialgesetzgebung gefährdet werden. Der Bundesrat wird deshalb eingeladen, sobald wie möglich eine neue Ordnung vorzubereiten, damit der drohenden Zermürbung selbständiger Klein- und Mittelbetriebe des Detailhandels Einhalt geboten und die Grundlage für ihre Erhaltung durch die weitere Hebung ihrer Leistungsfähigkeit gewonnen werden kann.»

Der Motionär zeichnete ein düsteres Bild: der Detailhandel gehe dem Verfall entgegen, wenn die Schutzbestimmungen dahinfallen. Er befürwortete Ueberbrückungsmassnahmen.

Die Reaktion auf die Motion war heftig und deutlich.

Nationalrat Huber wies noch einmal mit allem Nachdruck darauf hin, dass der Gewerbeverband es unterlassen hat, Vorschläge zu einer Verständigungslösung zu unterbreiten. Man soll uns nichts vormachen; das Gewerbe kommt ohne Staatskrücken aus. Der normale Rechtszustand muss wiederhergestellt werden. Herr Gysler hat die Karten aufgedeckt; wir wissen nun, dass die Wirtschaftsartikel die Grundlage abgeben sollen zu einer ganz einseitigen Gewerbepolitik. Der Votant empfiehlt Dr. Gysler, auf seine Motion zu verzichten und in freier Verständigung eine gemeinsame Basis zu suchen.

Auch Nationalrat Dr. Max Weber betonte, dass bisher die Meinung bestanden habe, die Wirtschaftsartikel sollen eine Politik der Förderung der Wirtschaft auf dem Wege der Zusammenarbeit einleiten und keine Politik der Verbote. Wenn mit den Wirtschaftsartikeln eine Wirtschaftspolitik der negativen Beschränkung und der Verbote eingeschlagen werden soll, so werden wir nicht mitmachen.

Die Motion ist nicht nur ungeschickt, sondern direkt *schädlich* für das Gewerbe. Letzte Woche fand eine Konferenz statt zwischen den interessierten Gruppen. Bundesrat Stampfli führte den Vorsitz. Es wurde vereinbart, nach Neujaahr Verhandlungen aufzunehmen. Am Tage darauf ging Nationalrat Gysler hin und reichte diese Motion ein. Sein Vorgehen reiht sich würdig demjenigen von Ständerat Iten an, der in den Vorverhandlungen dem Genossenschaftsartikel der Wirtschaftsartikel zustimmte, ihn nachher im Ständerat aber bekämpfte. Zuerst wird im Detailhandel eine Psychose erzeugt, und nachher beruft man sich auf das «Volksempfinden». Die Motion Gysler wirft einen Schatten auf die kommenden Verhandlungen.

Nachdem noch verschiedene Votanten dafür und dagegen gesprochen hatten, ergriff Bundesrat Stampfli das Wort. Er führte, wie ebenfalls der Tagespresse zu entnehmen ist, u. a. aus:

Als 1933 der Warenhausbeschluss auf zwei Jahre beschränkt, aufgenommen wurde, dachte wohl niemand an eine 12jährige Dauer. Nicht weniger als viermal wurde er verlängert. Das letzte Mal wollte ihn der Bundesrat dem Referendum unterstellen. Auf Drängen des Gewerbes wurde darauf verzichtet, aber gleichzeitig beschlossen, dass dies nun wirklich die letzte Verlängerung sei. Dann kam Ende 1944, und an die Stelle des dringlichen Bundesbeschlusses trat ein Vollmachtenbeschluss für ein Jahr.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass sich das Gewerbe mit der Begrenzung auf ein Jahr einverstanden erklärt hatte. Der Detailhandel hat deshalb keinen Grund zur Annahme, von den Behörden im Stiche gelassen zu werden.

Im Nationalrat traten verschiedene Mitglieder wie Nationalrat Helbling namens der Genossenschaften nur für die Genehmigung ein, unter der Bedingung, dass der Erlass bis Ende 1945 befristet werde. Damit war der Weg zu Verhandlungen frei. Dann erhielten wir die Mitteilung, die Verhandlungen zwischen Gewerbeverband und V. S. K. seien gescheitert, und wir wurden um Einberufung einer Konferenz der Interessenten ersucht.

Wir beriefen sie ein und mussten nun dem ergötzlichen Schauspiel beiwohnen, dass jede Partei der anderen die Pflicht zuschob, Vorschläge zu präsentieren.

Nach unserer Auffassung haben Vorschläge von denen auszugehen, die etwas erwarten.

Diese Auffassung scheint uns im Detailhandel sehr verübelt worden zu sein. Wir gaben uns der Hoffnung hin, dass eine Verständigung eintrete und wir nicht mit dem eidgenössischen Polizeistock dreinfahren müssen. Die Behauptung des Detailhandels, V. S. K. und Migros wollen nun die Freiheit dazu benützen, schnell eine Menge Läden zu eröffnen, haben wir untersucht. Dieser Behauptung treten die verdächtigten Organisationen mit einer Erklärung entgegen, die im Detailhandel hätte beruhigend wirken und die Katastrophenstimmung, als ob der Untergang des Abendlandes und die Sintflut bevorständen, verscheuchen sollen. Herr Gysler soll uns die angeblichen ausländischen Pläne, in der Schweiz eine Riesenverkaufsorganisation aufzuziehen, enthüllen, dann werden wir schon zum Rechten sehen.

Die Stimmungsmache in der Westschweiz, die von Chaos spricht, ist uns unverständlich.

Nun hat der Migros-Genossenschaftsbund bereits seine Zustimmung zu Verhandlungen erteilt, und der V. S. K.-Präsident hat dasselbe getan, aber nur auf dem Boden der Freiheit und Rechtsgleichheit.

«An der daraufhin abgehaltenen letzten gemeinsamen Konferenz konnte ich unwidersprochen den allseitigen guten Willen und die Bereitschaft zu Verständigungsverhandlungen feststellen. Da fiel wie eine Bombe die Motion Gysler.»

Bundesrat Stampfli erklärt, dass die Motion von einer unrichtigen Annahme ausgeht, wenn sie bereits das Scheitern von Verhandlungen behauptet. Es ist begreiflich, dass sich der V. S. K. nicht derart unter Druck und Drohung setzen lässt.

Die Motion hat die Wege der Verständigung versperrt. — Ich richte an Nationalrat Gysler die dringende Aufforderung, seine Motion, die wie eine Drohung, wie eine Brennessel, über der Verständigung geschwungen wird, zurückzuziehen. Die Annahme würde zu unhaltbaren Konsequenzen führen.

Es würde uns nur ein Bundesbeschluss mit Referendums Klausel offen bleiben, aber auch ein solcher wäre verfassungswidrig. Hätte es jetzt einen Sinn, kurz vor den Wirtschaftsartikeln mit einer schwachen Verfassungskrücke vor das Volk zu humpeln?

Es gibt nur einen Weg: Verständigung in freier, freier und demokratischer Art und Weise. Ich rufe alle aufbauwilligen, positiven Kräfte zu einer konstruktiven Tat auf! (Beifall.)

Dr. Gysler zieht nach den Ausführungen von Bundesrat Stampfli die Motion zurück, betont aber, dass wenn keine Verständigung möglich sei, behalte er sich vor, im Frühjahr wiederzukommen.

Doch Nationalrat Nerfin erklärt sich nach einer kurzen heftigen Geschäftsordnungsdebatte unter grosser Unruhe des Rates bereit, als Mitunterzeichner die Motion aufrechtzuerhalten, und beantragt zugleich Abstimmung unter Namensaufruf.

Mit 89 zu 50 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Die Abstimmung ergibt die grössten Überraschungen. Zunächst stimmen die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Jungbauern geschlossen dagegen und alle welschen Bürgerlichen, einschliesslich der Tessiner, geschlossen dafür. Die Bauern sind gespalten in Ja-Nein und Enthaltung. Die Katholisch-Konservativen sind ebenfalls in drei Lager gespalten. Die Freisinnigen stimmen mit grossem Mehr dagegen, ausgenommen alle Welschen. Dagegen stimmen auch die Gewerbevertreter Dr. Anderegg (St. Gallen) und Schirmer (Aargau).

Mit Ja haben gestimmt:

Aeby, Baudat, Beck, Berthoud, Boner, Brochon, Bürki, Carron, Chaudel, Cottier, Devenoges, Favre, Gieller, Gottret, Gressot, Guinand, Gutknecht, Gysler, Hess, Hirzel, Hofer, Holenstein, Janner, Isenschmid, Knobel, Kuntschen, Lachenal, Maspoli, Meier (Olten), Melly, Meyer (Murtlen), Moine, Nerfin, Perréard, Perrin (La Chaux-de-Fonds), Philipona, Picot, Pini, Piot, Quartenoud, Renold, Riva, Roulet, Rubattel, de Senarclens, Stähli, Studer (Escholzmat), Ueltschi, Winiker.

Mit Nein haben gestimmt:

Aeschbach, Albrecht, Allemann, Anderegg, Barben, Bratschi, Brawand, Bringolf, Burri, Condrau, Dellberg, Dietschi (Basel), Dietschi (Solothurn), Düby, Duttweiler, Feuk, Flisch, Frei, Furrer, Gadiant, Giovanoli, Gitermann, Gut, Häberlin, Helbling, Held, Henggeler, Herzog, Höppli, Huber, Ilg, Jost, Kägi, Kappler, Keller, Kohler, Lanicca, Leuenberger, Mann, Meier (Netstal), Meier (Eglisau), Meierhans, Meili, Meyer (Roggwil), Miville, Moeschlin, Moser, Muheim, Müller (Grosshöchstetten), Müller (Olten), Munz, Nadig, Niederhauser, Oeri, Oprecht, Perret, Reichling, Roth, Ryser, Ryter, Sappeur, Scherrer, Schirmer, Schmid (Oberentfelden), Schmid (Dieterswil), Schmid (Solothurn), Schmid (Zürich), Schnyder (Zürich), Schuler, Schümperli, Schwendener, Seiler, Siegrist, Sigerist, Speiser, Spindler, Sprecher, Spühler, Stiefel, Stirnemann, Stocker, Studer (Burgdorf), Trüb, Wagner, Weber, Wey, Widmer, Zeli und Zweifel.

Der Stimme haben sich enthalten:

Bircher, Broger, Graf, Leupin, Meier (Baden), Rohr, Ruoss, Schmutz, Stutz, Wick und Zigerli.

Damit hat der unloyale gewerbliche Vorstoss, hinter dem als treibende Kraft der Detailhandel stand, die verdiente Abfuhr erhalten. Den trotz allem zu erwartenden baldigen Besprechungen bleibt es vorbehalten, eine Regelung zu treffen, die bisherige Ungerechtigkeiten vermeidet und das Wohl der Konsumentenschaft wahrt.

Die staatliche Preispolitik in und nach dem Kriege

An der Delegiertenversammlung des V. S. K. in Luzern hat Herr Robert Pahud, Chef der Eidg. Preiskontrollstelle, — wie das Thema lautete — «einige Betrachtungen über die Kriegswirtschaft» angestellt und dabei Feststellungen gemacht und Gedanken geäussert, die für die gerechte Beurteilung der staatlichen Preispolitik und die Probleme der Nachkriegswirtschaft von Bedeutung sind. Es folgen deshalb auch an dieser Stelle einige Abschnitte aus dem ausführlichen Referat, das über die Motive, die die Tätigkeit der für das gesamte Wirtschaftsleben wichtigen Preiskontrollstelle bestimmten, und die Ansichten der Leitung derselben über den Abbau, respektiv Nichtabbau der staatlichen Intervention sehr interessant Aufschluss gab.

Vor dem Eintreten auf sein eigentliches Thema liess der Referent Herrn Dr. Jaeggli folgende Würdigung zuteil werden:

«Bevor ich auf das von mir zu behandelnde Problem eintrete, bitte ich Sie, mir zu gestatten, ein freundschaftliches Gedenken voller Hochachtung und Bewunderung der Erinnerung Ihres Herrn Dr. Bernhard Jaeggli widmen zu dürfen. Dr. Bernhard Jaeggli, der Mann des offenen Herzens und grosser Intelligenz, Ihr ehemaliger Präsident und unser Altpräsident der Eidg. Preiskontrollkommission, war eine der hervorragenden Persönlichkeiten, deren vollkommene Ausgeglichenheit und tiefgründende Güte mir dauernder Ansporn in der Ausübung meiner undankbaren Funktionen waren. Ich widme seiner Erinnerung den Ausdruck meiner tiefen persönlichen Dankbarkeit.»

Herr Direktor Pahud führte dann u. a. aus:

Welches war das Ziel der Kriegswirtschaft?

Die entscheidende Antwort auf diese Frage lässt sich in den beiden nachfolgenden Feststellungen zusammenfassen:

Es handelte sich darum,

a) *die gleichmässige Verteilung der Verbrauchsgüter für alle sozialen Schichten sicherzustellen.*

b) *Möglichste Tiefhaltung der Preise, um:*

1. eine sprunghafte Preissteigerung zu verhindern, welche das Gleichgewicht zwischen den Kosten der Lebenshaltung und dem Lohn hätte stören und zu sozialen Wirren führen können;
2. eine Inflation zu verhindern, die eine Entwertung des Frankens im Gefolge hätte;
3. unserer Exportindustrie die Wiedereingangssetzung ihrer Tätigkeit nach dem Kriege zu ermöglichen, was voraussetzt, dass deren Gestehungspreise der ausländischen Konkurrenz so nahe als möglich angepasst sein müssen.

Besonderer Wert wurde auf die Preistiefhaltung der wichtigsten Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs gelegt. Trotz dieser Anstrengungen sind die Kosten der Lebenshaltung um 52% gestiegen, was für die Familien mit bescheidenem Einkommen oder mit mehreren Kindern eine drückende Last bedeutet. Bundesrat, Kantone wie auch die Gemeinden schufen Hilfsaktionen, dank welcher Lebensmittel, Kleider und Schuhe zu verbilligten Preisen bezogen werden konnten. Die vom Bunde unter diesem Gesichtspunkte verausgabte Summe

erreicht 17 Millionen Franken, zu welchen noch die Leistungen der Kantone und Gemeinden gezählt werden müssen.

Anderseits erreicht die Gesamtsumme der vom Bunde zur Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten aufgewendeten Mittel rund 450 Millionen Franken.

*

Nach dem Hinweis auf die erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse unserer Tätigkeit gestatte ich mir noch, einige Bemerkungen *moralischer Natur* anzubringen.

1. In seiner Gesamtheit betrachtet, hat das Schweizer Volk in den Jahren 1939 bis 1945 den Beweis dafür erbracht, dass es einer *bemerkenswerten Disziplin* fähig ist. *Diese Feststellung kann hinsichtlich aller Sektoren der nationalen Wirtschaft gemacht werden.*

2. *Handelsmarge.*

Gross ist die Zahl der Kritiken, die man ihretwegen an uns gerichtet hat. Konsumenten und Produzenten waren für *einmal* gegenseitig einverstanden und erklärten, dass die Handelsmarge übersetzt sei.

Ich wünschte, dass der Bundesrat beim erneuten Vorliegen normaler Verhältnisse eine Kommission von Volkswirtschaftlern und Praktikern beauftragt, die Höhe dieser Margen zu überprüfen. Ich bin der festen Ueberzeugung, dass solche Erhebungen zur Feststellung führen würden, wonach die Handelsmargen in ihrer Gesamtheit den betrieblichen Erfordernissen der interessierten Branchen angemessen waren. *Darüber besteht kein Zweifel, dass die Konsumgenossenschaften zufolge ihrer Grundsätze und ihrer ausgezeichneten Organisation uns in unsern Bestrebungen, mittlere Lösungen zu finden, die das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht stören und anderseits gerecht sind, unterstützt haben.* Dieser Wunsch nach Gerechtigkeit hat uns sogar veranlasst, in Ausnahmefällen und mit Rücksicht auf kleinere Unternehmungen Margen zu gewähren, die um ein wenig höher waren, als dies die konsequente Anwendung unserer Erhebungsergebnisse gerechtfertigt hätte. Wir waren in dieser Beziehung häufig weniger hart als die freie Konkurrenz. Die neutrale Untersuchung, von der ich soeben sprach, dürfte geeignet sein, wertvolle Unterlagen zum Studium und unter Umständen sogar zur teilweisen Lösung volkswirtschaftlicher Probleme, wie der Frage des «Existenzminimums», die sich unter dem Einfluss der politischen Entwicklung in einer nahen Zukunft stellen könnten, zu erbringen.

3. Es scheint mir nun in der Tat kein Zweifel darüber bestehen zu können, dass das *Experiment der nationalen Gemeinschaft*, das uns die Jahre 1939—1945 miterleben liessen, *jener Idee einen Auftrieb gegeben hat, nach welcher die Gerechtigkeit nicht notwendigerweise und unabänderlich mit dem Wirtschaftsleben unvereinbar ist.*

Die Nachkriegszeit.

1. *Es bedeutet ohne Zweifel eine unumgängliche Notwendigkeit, die bestehenden Verfügungen so lange aufrechtzuerhalten, als die Einfuhr zusammen mit der inländischen Produktion nicht in der Lage ist,*

das Angebot mit der Nachfrage in Uebereinstimmung zu bringen. Da sich die Landesversorgung nicht für alle Produkte gleichzeitig bessern wird, kann die Kriegswirtschaft nur schrittweise abgebaut werden.

2. Der Bundesrat wird nach dieser Anpassungsperiode an die Friedenswirtschaft die Frage zu entscheiden haben, welche Aufgabe er der Eidgenössischen Preiskontrollstelle, die bereits seit 1932, also seit 13 Jahren, besteht, anvertrauen will. Es steht fest, dass im Hinblick auf die bedeutenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die der Staat in Zukunft zu lösen haben wird, er sich nicht gänzlich an den allgemeinen Lebenshaltungskosten, der Entwicklung der Lohnkosten und der Handelsspannen desinteressieren kann.
3. *Ich glaube in der Tat nicht, dass die Privatwirtschaft nach diesem Kriege zur vollständigen Unabhängigkeit zurückkehren kann, nicht einmal zu einer Freiheit, wie sie vor dem Jahre 1939 bestand.* Es ist heute ohne Zweifel zu früh, sich in bestimmtester Form zu dieser Frage zu äussern. Auch hier hängt unsere Entwicklung in weitgehendem Masse vom zukünftigen Wirtschaftsgefüge der andern Länder ab. *Im Hinblick auf das heute bestehende Bedürfnis der Völker, die wirtschaftlichen Härten durch ein besseres Gleichgewicht und mehr Gerechtigkeit abzuschwächen, werden sich die Staaten dazu gezwungen sehen, zum mindesten teilweise, den Interventionismus beizubehalten.*

Ich bin mir allerdings der ausserordentlichen Schwierigkeiten bewusst, welche auf Grund meiner soeben gemachten Feststellungen zu lösen sein werden: ich bin mir vor allem bewusst, dass man sie nicht alle mit Erfolg wird lösen können, solange als egoistische Empfindungen derart eng mit dem menschlichen Wesen verknüpft sind. *Nur eine von allen tatsächlich gelebte christliche Weltanschauung könnte die Eingriffe des Staates überflüssig machen.* Leider ist bei vielen diese unbedingte Hingabe nicht vorhanden. Ich glaube deshalb, dass sich der Staat wird anstrengen müssen, gewisse Härten, gewisse Grausamkeiten, die noch in unserer sozialen Ordnung bestehen, zu verbessern. Das will nun anderseits nicht heissen, dass die absolute wirtschaftliche Gleichheit verwirklicht werden könne. Diese Forderung aufzustellen, würde einen Trugschluss bedeuten, denn wir werden nicht alle unter gleichen Voraussetzungen geboren. *Stellen wir aber auf die wirtschaftliche Entwicklung ab, so ist es heute nicht mehr untersagt, den Gedanken zu äussern, es sei möglich, einem jeden ein minimales Auskommen zu sichern.* Der Staat darf jedoch nicht ausser acht lassen — wenn seine Intervention erfolgreich sein soll —, dass es im Wirtschaftsleben Gesetze gibt, wie dasjenige des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage, welche ihre reelle Gültigkeit trotz der staatlichen Intervention bewahren werden. *Er muss sich aber auch darauf besinnen, dass sowohl in der politischen wie in der moralischen Ordnung das Bedürfnis nach einem gewissen Minimum an Freiheit zu tief mit der menschlichen Natur verhaftet ist, als dass diese Erkenntnis vernachlässigt werden könnte, ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Intervention.*

Jede Interventionspolitik, die sich diese Grundwahrheiten nicht zu eigen macht und vor allem die

Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit vernachlässigt, wird sich, weil unschweizerisch, keiner langen Lebensdauer erfreuen können.

Es bedarf der Einsicht, dass wir alle voneinander abhängen, dass wir alle einander nötig haben; folglich sind Kapital und Arbeit untrennbar miteinander verbunden: das eine kann ohne das andere nicht existieren. Wenn diese Grundwahrheit erkannt ist, so drängt sich der Begriff des aktiven Gemeinschaftsgefühls als die einzig logische Haltung auf. Ich möchte beifügen, dass alle diejenigen, die nicht aus christlicher oder altruistischer Ueberzeugung zu dieser Haltung kommen, sie zum mindesten als die einzig vernünftige Anschauung hinsichtlich der Einzelinteressen eines jeden erkennen müssen.

Wegbereiter des ACV beider Basel

Unsere schnellebige Zeit ist allzugern bereit, die Vergangenheit zu vergessen und auch die grossen Verdienste der Pioniere unserer grossen und kleinen Genossenschaften nicht mehr in der richtigen Weise zu würdigen. Und doch haben wir es gerade ihnen in erster Linie zu verdanken, dass wir heute eine so leistungsfähige, solide Genossenschaftsbewegung haben. Der ACV beider Basel hat deshalb wohlgetan, anlässlich seines 80jährigen Geburtstages im «Genossenschaftlichen Volksblatt» und auch zusammenfassend in einer kleinen Broschüre der grossen früheren Mitarbeiter am genossenschaftlichen Werk in Basel zu gedenken. Der gediegenen Folge verdienender Genossenschafter schickt er folgendes Vorwort voraus:

Die heutige Mitgliedergeneration des Allgemeinen Consumvereins beider Basel dürfte wohl in ihrer Mehrheit die Gründer und Wegbereiter unserer Genossenschaft kaum mehr kennen. Deshalb nehmen wir den achtzigjährigen Geburtstag des ACV zum willkommenen Anlass, die verdientesten Wegbereiter unserer Genossenschaft im Bilde und mit kurzen biographischen Notizen versehen darzustellen. Wir widmen diese Sammlung, ergänzt durch eine Zeittafel von 1865 bis 1945, vorab der heutigen und der künftigen Mitgliedergeneration des ACV und geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass der Geist, der diese Männer beseelte, sich übertragen möchte auf eine möglichst grosse Zahl von Genossenschaftern, zum Wohle unseres Consumvereins.

Einen etwas anderen Charakter trägt der ebenfalls als kleine Broschüre erschienene Separatdruck aus der Jubiläumsnummer des GV «80 Jahre genossenschaftliche Leistung». Hier kommen prominente Genossenschafter der Gegenwart zum Wort. Sie schreiben über Vergangenheit, Gegenwart und die Zukunft. In welchem Sinn auch diese Publikation wirken soll, zeigt Emil Rudin, Präsident der Direktion des ACV, im Geleitwort, in dem es u. a. heisst:

Die Genossenschaft darf und soll sich nicht allein auf die Produktion und Verteilung von Gütern des Lebensbedarfes beschränken; viel tiefer sollen ihre Wurzeln schlagen. Sie weckt und fördert das soziale Gewissen, den friedlichen Zusammenschluss der Menschen auf dem Boden der Gemeinschaft, der Selbsthilfe und der Nächstenliebe. Diese hehren Ziele erreichen zu wollen, erfordert eine stets von neuem befruchtende Erziehungsarbeit am einzelnen wie auch an der genossenschaftlichen Gemeinschaft selbst, die sich zu einer immer stärkeren Verbundenheit der Mitglieder zu ihrem Konsumverein entwickeln soll.

Ein verdienter Genossenschaffer österreichischer Bundespräsident

Dr. Karl Renner, der jüngst in überaus ehrenvoller Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt wurde, ist einer der bedeutendsten Pioniere der österreichischen Konsumgenossenschaftsbewegung. Im Jahre 1911 wurde er Obmann des damaligen Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine und in den Aufsichtsrat der Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine (GöC) gewählt. Mit besonderer Hingabe nahm er sich während des ersten Weltkrieges und in der nachfolgenden verlustreichen Inflationszeit der Genossenschaftsbewegung an. 1926 wurde Dr. Renner Präsident der Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine. Anlässlich des Internationalen Genossenschaftskongresses in Basel wurde er Mitglied des Zentralausschusses des Internationalen Genossenschaftsbundes. Ebenfalls in Basel anwesend war der initiativ österreichische Genossenschaffer an der internationalen genossenschaftlichen Sonderkonferenz im Jahre 1933, an der sich schon mit aller Deutlichkeit das Schicksal abzeichnete, das der deutschen und später der österreichischen Genossenschaftsbewegung unter dem Nazi-Regime zuteil wurde. In herzlichen Worten verdankte Dr. Renner an der eindrucksvollen Zusammenkunft im Freidorf im Jahre 1933 die Schweizer Gastfreundschaft.

Die Schweizer Genossenschaffer beglückwünschten ihren Mitkämpfer zu der Ehrung und wünschen ihm für die schwere Aufgabe, in die sich der stets von tiefer Verantwortung für sein Land erfüllte Staatsmann von neuem wieder stellt, zum Wohl des ganzen österreichischen Volkes allen Erfolg.

„Volks“wirtschaftslehre und nicht „Millionär“wirtschaftslehre

Leider ist das Universitätsstudium heute vielfach zu einem Nützlichkeitsstudium geworden. Die Ueberschätzung fachlicher Detailausbildung hat sich auch auf die Universität ausgewirkt und diese dadurch weitgehend des entscheidenden Elementes der Heranbildung des Studenten zu einem hervorragenden Träger alles dessen, was das allgemeine geistige, ethische, sittliche Niveau eines Landes und eines Berufes bestimmt, beraubt. Auf diese bedauerliche und mit allen Mitteln zu revidierende Entwicklung hat vor kurzem am Dies Academicus der Rektor der Basler Universität, Prof. Dr. med. Karl Henschen, besorgt hingewiesen. Er gab dabei auch Zeugnis von einer hohen Auffassung der *Volkswirtschaftslehre*, die wohl, wie keine andere, in Gefahr gerät, von den «Realitäten» des Alltags schnell überwuchert zu werden und ihren tiefen verpflichtenden Sinn zu verlieren: diesen charakterisierte der hohe Sprecher treffend mit der Gegenüberstellung von «Volks»- und «Millionär»wirtschaftslehre. Seine Forderung, gerade der Volkswirtschaftslehre in Zukunft noch viel grössere Beachtung zu schenken und sie als gleichberechtigt neben allen anderen Disziplinen, wie der Medizin, der Jurisprudenz, der Philosophie usw. zu betrachten, verdient alle Unterstützung. Herr Prof. Henschen führte unter anderem aus:

«Aus unseren Hochschulen kommt ein grosser Teil des Kaders unserer Wirtschaftspolitik. Seine Bildungsqualität wird mitbestimmt durch den Stand

der Volkswirtschaftslehre und ihren Rang in Hochschule und Staatsleben. Man wird den Eindruck nicht los, dass auch an dieser und jener schweizerischen Hochschule die Volkswirtschaftslehre ein etwas verschupftes Kind ist. Sie ist aber ihrem tiefsten Sinne nach erkennendes Ringen um Mittel und Wege zu menschenwürdigen Daseinsmöglichkeiten. Im Dienste der konkreten Ethik der Gemeinschaft stehend, darf sie nicht aus einer «Volks»wirtschaftslehre zu einer «Millionär»wirtschaftslehre werden. Um den Einfluss und das Potential unserer schweizerischen Nationalökonomie voll nutzbar zu machen, sind notwendig: eine äussere Aufwertung, indem man sie höher rückt als par inter pares, und eine noch stärkere Verankerung der Lehre und Forschung im Flusse der Wirtschaft. Die Volkswirtschaft wird in der Nachkriegszeit eine entscheidende Entwicklung nehmen. Für unser Land bedeutet seine Wirtschaft gleichzeitig sein Schicksal! Die schweizerische Volkswirtschaftswissenschaft wird sich, neben der Mitarbeit an landeigenen Problemen, tiefer in den internationalen Lehr- und Praxiskreis einfügen müssen. Sie kann dadurch nur gewinnen, denn der wirtschaftliche Nationalismus ist der grösste Fluch unserer Epoche.

Wer Einblick in die Parlamente gewinnen konnte, weiss, dass frühere Hochschulabsolventen trotz oder wegen ihres Vielwissens nicht immer geschickte Kämpfer sind. Die Erfahrung lehrt, wie notwendig eine Erziehung zu sachlicher, schlagfertiger, knapper und unpersönlicher Debattierkunst ist. Was die Hochschule braucht und will, ist die Kunst eines die Spielregeln respektierenden Redegefechtes. England liefert hier das Modell in der seit 1823 in Oxford bestehenden United Debating Society, die Muster für ähnliche Gründungen wurde. Nicht wenige der hervorragendsten Politiker sind aus dieser Schulung hervorgegangen. Eine Verbindung von Debating-School mit Besuchen von Sitzungen der kantonalen Parlamente und der eidgenössischen Tagsatzungen könnte zeigen, was eine parlamentarische Demokratie erfordert.»

Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell 1944/45

Der dritte Jahresbericht der Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell erzählt von deren Arbeiten, Erfolgen und Misserfolgen im Jahre 1944/45. Insgesamt wurden von drei Arbeitslagern aus 95 ha bewirtschaftet. Die Arbeitskräfte wurden ausschliesslich durch den Arbeitseinsatz gestellt. Ein schöner Teil derselben hatte schon im Jahre zuvor in einem der Urner Arbeitslager gearbeitet und war inzwischen mit den Ackerbauarbeiten etwas näher vertraut geworden. Die Ernteerträge und das finanzielle Ergebnis müssen als schwach bis mittel bezeichnet werden. Die Gründe hierfür liegen einmal im Verlaufe der ungünstigen Witterung und nicht zuletzt in den Fehlerträgen des in Seedorf bewirtschafteten Neulandes. Immerhin wurden im Berichtsjahr folgende Mengen in Doppelzentnern geerntet:

Getreide	374.5 q
Kartoffeln	3929 q
Futterrüben	574.3 q
Zuckerrüben	618.7 q
Raps	44 q
Gemüse	1040.8 q

Ausserdem wurden 1300 q Stroh geerntet. Das ungünstige finanzielle Ergebnis ist hauptsächlich den hohen Zinsen, welche für das Pachtland in Uri ausgelegt werden, zuzuschreiben. Auch hat die Beschaffung von Kleegrassamen zur Wiederbestellung der vernebelten und sanierten Grundstücke ein schönes Stück Geld gekostet. Es bleibt noch der Trost, dass diese Aufwendungen für Pachtzins und Sämereien den durch die Vernebelung betroffenen Landbesitzern direkt zugute kommen, was auch im Zweck dieser Hilfsaktion lag.

Aus dem Bericht geht ferner hervor, dass durch die Vernebelung des Kantons Uri rund 14000 Stück Rindvieh abgetan werden mussten. Zum Glück sind die Vernebelungsschäden im Boden und am Futter abgeflaut, und diese Massenschlächtereien hat ein Ende gefunden. Es kann nicht unerwähnt bleiben, dass in diesem Elend, welches den Kanton Uri wie eine Katastrophe heimgesucht hat, die Arbeiten der Anbaugenossenschaft, nach Aussage der zuständigen Militärinstanz, das einzige positive Bekämpfungsmittel gewesen sind. Somit kann gesagt sein, dass die Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell, soweit dies bei der Vernebelungskatastrophe überhaupt möglich war, eine Hilfe in der Not gewesen ist, und dass der Zweck der Genossenschaftsgründung erreicht wurde.

Die Jahresrechnung der Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell wurde abgeschlossen per 31. März 1945.

Die Betriebsrechnung (inkl. Abschreibungen) der Genossenschaft ergibt bei einer Anbaufläche von 95,22 ha folgendes Bild:

Aufwendungen	Fr. 419 000.— oder Fr. 4399.81 je ha
Erträge . . .	Fr. 201 900.— oder Fr. 2119.94 je ha
	<u>Fr. 217 100.— oder Fr. 2279.87 je ha</u>

Das Genossenschaftskapital beträgt 944 800 Fr. und ist gegenüber dem letzten Jahr unverändert geblieben. Das Eigenkapital der Genossenschaft erfuhr gleichfalls keine Aenderung.

Ueber die Gründe für den Betriebsverlust von Fr. 22,80 je bewirtschaftete Are heisst es im Jahresbericht:

«Es ist eine leide Erfahrungstatsache, dass die industriellen Pflanzwerke, mit denen unsere Anbaugenossenschaft die Schwierigkeiten der Neulandbewirtschaftung, den Einsatz eines kostspieligen Maschinenparkes und die Verwendung teurer Arbeitskräfte gemeinsam hat, mit erheblichen Verlusten arbeiten. Die von den bekannteren, grösseren Industripflanzwerken ausgewiesenen Betriebsverluste bewegen sich für das Jahr 1944 innerhalb den Grenzen von 10 Fr. bis 25 Fr. pro Are. Selbst rein bäuerliche Anbaugenossenschaften haben ihre Jahresrechnung mit namhaften Verlusten abgeschlossen. Unsere Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell hatte ausserdem mit spezifischen Schwierigkeiten zu rechnen, so mit der erschwerten Parzellierung der Pachtgrundstücke, mit Pachtzinsen, welche das Drei- bis Vierfache der im schweizerischen Mittel- lande üblichen Ansätze ausmachen. Insbesondere hatten wir auch erhebliche Auslagen für die Anschaffung von Klee- und Grassämereien, um die Pachtgrundstücke nach einjähriger Bewirtschaftung als Kunstwiese angesät zurückzuerstatten. Ausserdem war die gesamte Bewirtschaftung durch die Gesichtspunkte der durch die militärische Vernebelung verursachten Situation fixiert. Schlussendlich hat der Wegzug der anfänglich zu günstigen Bedingungen zugesicherten internierten Arbeitskräfte und die dadurch notwendig gewordene Anschaffung von mehr als 20 Baracken für die Unterkunft des Arbeitsdienstes der Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell erhebliche wesensfremde Auslagen verursacht.»

Ueber die Liquidation verlautet aus dem Bericht:

«Nachdem die Vernebelungsfolgen so gut wie behoben sind und die letzte Delegiertenversammlung den Präsidenten und

Arbeitsausschuss unserer Genossenschaft beauftragte, die Liquidation der Genossenschaft vorzubereiten, sind die Hauptarbeiten für die technische Liquidation zu Ende des Berichtsjahres in vollem Gang. Für das Vegetationsjahr 1945 wurden keine Grundstücke mehr in Pacht genommen. Die letztjährigen und früheren Pachtländereien, wie auch das Meliorations- und Rodungsland, werden den Verpächtern auf das Frühjahr 1945 zurückgegeben und, soweit die Anbaugenossenschaft dazu verhalten ist, als Kunstwiese angesät.

Am 8. und 9. Mai fand die Versteigerung des gesamten Inventares an Baracken, Maschinen, Geräten wie auch der Viehhäbe und des Fuhrparkes statt. Der Interessentenbesuch von nah und fern war ausserordentlich gross und die Nachfrage sehr rege. Grössere Verluste brachte der Verkauf der Baracken. Alle übrigen Inventargruppen konnten vorteilhaft abgesetzt werden. Es kann jetzt schon, vorgängig zum endgültigen Abrechnungs- und Schlussbericht gesagt sein, dass der Gesamterlös des versteigerten Inventares merklich über den amortisierten Buchhaltungswerten liegt.»

Die Genossenschaften in der Tschechoslowakei

* Zum erstenmal seit fast sieben Jahren erfuhr die Oeffentlichkeit etwas über das Geschick der Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei durch einen Bericht, den der frühere Hauptverwalter der Konsumgenossenschaft «Vcela» (Biene) in Prag, Herr Zmrhal, in den «Co-op News» veröffentlichte.

Während dieser Zeit hatten die tschechischen Genossenschaften, so schreibt Herr Zmrhal, dessen Genossenschaft 525 Ablagen in Prag und Umgebung betrieb, genügend Gelegenheit, die Wahrheit der Devise zu erkennen: «Vereinzelte sind wir nichts, vereint alles». Sie ziehen daraus die Konsequenz, dass es nötig ist, die verschiedenen Genossenschaftsarten, wie Konsum-, Produktions-, landwirtschaftliche-, Bau- und Kreditgenossenschaften, unter Beibehaltung ihrer selbständigen Verwaltung in einer zentralen Organisation zusammenzuschweissen. Bereits ist der Zentrale Genossenschaftsrat von der Regierung als oberste genossenschaftliche Behörde anerkannt worden. Sein Ziel ist die Weiterentwicklung der Genossenschaftsbewegung, die Beratung der Behörden in genossenschaftlichen Fragen und die Vertretung der Gesamtbewegung in den internationalen Beziehungen.

Die Genossenschaften der Tschechoslowakei haben unter der deutschen Besetzung keinen grossen Schaden erlitten, mit Ausnahme der im Sudetenland gelegenen Genossenschaften, welches Gebiet bekanntlich mit dem Deutschen Reich vereinigt wurde. Infolgedessen wurden dort, wie im übrigen Reichsgebiet, die Konsumgenossenschaften aufgelöst, gleichviel ob ihre Mitglieder Tschechen oder Deutsche waren. Seit der Befreiung ist aber im Sudetenland die Genossenschaftsbewegung wieder im Aufbau begriffen.

Im übrigen Gebiete, als «Böhmisch-mährisches Protektorat» bezeichnet, bildeten die Deutschen drei Verbände: einen Verband der landwirtschaftlichen, einen Verband der konsumgenossenschaftlichen Organisationen und einen Verband der Baugenossenschaften, die alle in einem Zentralverband vereinigt wurden. Diese Organisationen standen aber alle unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden, die die Direktoren und Präsidenten ernannten und dazu nur ihnen genehme Personen wählten. Ein selbständiges Leben war ihnen nicht gestattet.

Trotzdem blieb die Genossenschaftsidee lebendig, und die Bewegung ist heute, nach der Befreiung des Landes, bereit, aktiv am Wiederaufbau der tschechoslowakischen Republik mitzuarbeiten.



1



2



3

Auch in Selkingen und Martisberg geht es vorwärts

Die Walliser Gemeinde *Selkingen* besass sehr prekäre Wasserverhältnisse auf ihrer Alp. Die alte Wasserzuführung für die Tränkeanlage erfolgte durch offene Gräben, welche öfters durch Rutschungen unterbrochen wurden oder durch das Versiegen des Wassers trocken waren, so dass das Vieh oft stundenweit zur Tränke getrieben werden musste. Auftretende Viehkrankheiten konnten manchmal auf ungenügendes Tränken zurückgeführt werden. Sofern die Gemeinde Selkingen ihre Alp weiter benützen wollte, musste sie für Abhilfe der misslichen Wasserverhältnisse besorgt sein. In Zusammenarbeit mit der Patenschaft Co-op, welche ihre Hilfe für dieses Projekt zusagte, wurde dieses Jahr mit den Arbeiten für eine neue *Tränkeanlage* begonnen. Auf 2600 m Höhe erfolgte die Wasserfassung, und durch genügend dimensionierte Leitungen fliesst jetzt reichlich frisches Wasser an die Tränkeanlagen auf der Ober- und Voralp, wo dem Vieh aus zahlreichen Tränkekasten aus Lärchenholz genügend Wasser zur Verfügung steht.

Auch *Martisberg*, die kleinste der Patenschaftsgemeinden im Wallis, entwickelte in der letzten Zeit einen fortschrittlichen Geist. Es liegt ihr sehr an der Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Neben dem noch der Ausführung harrenden grossen Alpstillprojekt wurde bereits mit dem Bau eines *neuen Alpweges* auf die Oberalp begonnen. Der bis heute benützte schmale und steile Weg war oft die Ursache des Absturzes von Vieh, welches sich an

engen Stellen zusammendrängte. Aus eigener Initiative wurde im Gemeindewerk der Bau eines breiteren, weniger steilen Alpweges in Angriff genommen.

Der Aufenthalt des Viehs in verschiedenen Höhen der Alpen, auf der sogenannten Vor- oder Oberalp, bedingt natürlich auch das Vorhandensein genügender *Alphütten* als Unterkunft für die Hirten und Sennen sowie auch zur Fabrikation und Lagerung der Alpkäse. Obgleich diese Alphütten sehr primitiv sind, belastet der Bau einer neuen Hütte die betreffenden Alpengenossen jeweils mit einem grösseren Betrag. Aus diesem Grunde sind kleinere Beiträge an den Bau solcher Alphütten sehr willkommen. Der Beitrag ermöglicht nicht zuletzt manchmal eine weit bessere Ausführung des Baues, was den Bewohnern wie auch den milchwirtschaftlichen Produkten zugute kommt. So wurde auch an die Neuerstellung einer Alphütte in *Martisberg* ein Beitrag ausgerichtet.

mp.

Bild 1: Grabarbeiten auf über 2600 m Höhe für die Leitung der neuen Tränkeanlage auf der Selkinger Alp.

Bild 2: Gemeindepräsident Walpen/Selkingen und Gemeindepräsident Seiler/Ritzingen bei der Kontrolle der Quellfassung für die Tränkeanlage.

Bild 3: Solide Tränkektröge aus Lärchenholz stehen nun auf der Vor- und Oberalp in Selkingen dem Vieh zur Verfügung.

Bild 4: Die Martisberger beim Gemeindewerk für die Erstellung eines neuen Alpweges von der Vor- zur Oberalp.

Bild 5: Neue Alphütte auf der Voralp der Gemeinde Martisberg.

4



5



Verschiedene Tagesfragen

Erhaltung des meliorierten Bodens zum Nutzen der Landesversorgung. Im Nationalrat begründete Nationalrat *Herzog* eine Interpellation, in welcher er vom Bundesrat Auskunft darüber verlangt, wie das durch den industriellen und den sonstigen Melirabau gewonnene Kulturland nach Ablauf der Melirabauverpflichtung der Landesversorgung erhalten werden kann.

Bundesrat *Stampfli* bezeichnete es als unerwünscht, dass das durch Meliorationen in den letzten Jahren gewonnene Land wieder in Wiesland verwandelt wird. Für Wiesland hätten sich die grossen Aufwendungen nicht gelohnt. Angestrebt wird vor allem die Errichtung neuer Siedlungen, besonders in der Rheinebene, wo die Besitzer viel zu weit vom gewonnenen Boden entfernt wohnen. Es wurden durch die Meliorationen rund 65 000 Hektaren gewonnen, wovon rund die Hälfte zu bestehenden Bauerngütern gehört. In der Nähe der Städte und Industrieorte sollen vor allem industrielle Siedlungen errichtet werden. Daneben sollen auch eigentliche Bauerngüter in einer Ausdehnung von acht bis zehn Hektaren errichtet werden. Die Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft hat ein Programm aufgestellt, das nun verwirklicht werden soll. Der Bundesrat und insbesondere der Sprechende messen dieser Aufgabe die grösste Bedeutung zu. — Der Interpellant erklärte sich befriedigt.

Die Aufhebung der Fleischrationierung nicht ratsam. Die Kommission für Produktion, Vermittlung und Verwertung von Schlachtvieh des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, in der die Konsumenten, die Landwirtschaft, die Metzgerschaft und der Viehhandel sowie die zuständigen Amtsstellen vertreten sind, hat sich in zwei Sitzungen gründlich mit der Sache befasst. Sie stellt u. a. fest:

Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass die Rindfleischproduktion erst 1946 ihren Tiefstand erreichen wird.

Bei genügender Zufuhr von Kraftfutter kann mit einer Steigerung der Schweinefleischproduktion in der zweiten Hälfte 1946 gerechnet werden.

Die Vorräte an Gefrierfleisch erreichen gegenwärtig nur etwa zwei Drittel derjenigen des Vorjahres, und es besteht wenig Aussicht, dass weitere namhafte Einlagerungen vorgenommen werden können.

Die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch begegnet grossen Schwierigkeiten. Fleisch ist ein Weltmangelprodukt.

Angesichts dieser Umstände könnte die Aufhebung der Bewirtschaftungs- und Rationierungsmassnahmen auf dem Gebiete der Fleischversorgung nur dann in Frage kommen, wenn man eine automatische Steigerung der Vieh- und Fleischpreise im kommenden Frühjahr und Sommer in Kauf nehmen wollte. Die Kommission hält dafür, dass eine solche Entwicklung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht tragbar ist.

Als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung des leider im Zunehmen begriffenen Schwarzhandels betrachtet die Kommission die Steigerung der Einfuhren und damit die Möglichkeit zur Erhöhung der Zuteilungen. Sie hofft, dass aber auch alle übrigen Massnahmen ergriffen werden, um diese bedauerlichen Disziplinsüßigkeiten nachdrücklich zu bekämpfen.

Wettbewerb zur Erlangung eines Dank- und Ehrenzeichens für promptes Zahlen. Den «Mitteilungen des Wirtschaftsbundes bildender Künstler» können über diesen Wettbewerb folgende allgemeine Hinweise entnommen werden:

«Die Zahlungsmoral in unserer schönen Schweiz ist herzlich schlecht. Aus lauter Gleichgültigkeit werden oft von gutgestellten Mitbürgern die Rechnungen der Handwerker und Kleinhändler monatelang, ja sogar jahrelang liegen gelassen. Jene Handwerker und Kleinhändler aber getrauen sich nichts zu unternehmen, aus Angst, die Kundschaft zu verlieren. Schliesslich werden sie selber schlechte Zahler und gefährden dadurch ihre eigene Existenzgrundlage. Im Rahmen einer allgemeinen Aktion PRO PROSPERITÄTE will deshalb die Credita, Küssnacht a. R., das rasche und gewissenhafte Zahlen fördern. Aus diesem Grunde wird der Wettbewerb zur Erlangung eines Dank- und Ehrenzeichens für promptes Zahlen öffentlich ausgeschrieben.

Sinn des Dank- und Ehrenzeichens. Dieses Zeichen soll ein Wink mit dem gepolsterten Zaunpfahl sein und ausdrücken: Wer rasch zahlt, verdient Dank, denn rasches Zahlen hebt die Wohlfahrt und fördert Handel und Wandel.»

Total-Preissumme 1300 Fr.

In gleicher Stärke haben wir beides zu erfassen: die Mächte ausser uns und die Kräfte in uns. Durch Grössenwahn und Minderwertigkeitsgefühle hindurch zum bescheiden starken Selbstbewusstsein!

Dr. Fritz Wartenweiler

Volkswirtschaft

Die Situation auf dem Gemüsemarkt

* Seit längerer Zeit herrscht in der ganzen Schweiz ein ausgesprochener Mangel an *Knoblauch*, der bedingt ist durch das Ausfallen jeglichen Importes aus Ungarn, das bis anhin unser Hauptlieferant war. Die inländische Produktion an Knoblauch ist ganz unbedeutend und das Wenige, das noch produziert wurde, ist spurlos vom Markt verschwunden. Um der Misere abzuhelfen, wurden Verhandlungen mit Spanien aufgenommen. In allernächster Zeit werden auch Lieferungen aus Argentinien eintreffen.

Bedeutend besser ist die Lage beim *Cichorien-* oder sogenannten *Brüsseler Salat*. Vor dem Kriege wurden jeweils jährlich 800 t aus Belgien eingeführt. Durch die Zusicherung einer Preisgarantie konnte die Inlandproduktion während den Kriegsjahren gewaltig erhöht werden. Sie betrug 1944 600 t und stieg 1945 sogar auf 800 t. Davon werden allein aus der Gegend von Kirchberg 250 t geliefert. Zu dieser Eigenproduktion hinzu sind aus Belgien bereits Importe von 500 t gesichert. Belgien betrachtet dieses Quantum als Minimum. An Ware wird es also nicht fehlen, und der Preis wird sich gegenüber letztem Jahr etwas senken. Der Ankauf in Belgien soll sich je kg auf Fr. 1.10 belaufen. Dazu kommt die Fracht von 20—30 Rp. je kg, wobei auch mit dem Risiko gerechnet werden muss, dass hier und da ein Transport leidet. Der Transport mit Camions würde das Kilo Salat mit 70 Rp. belasten. Dieser Brüsseler Salat ist das erste Gemüse, das uns das Ausland billiger anbietet, als es unsere Produzenten liefern können. Um den inländischen Produzenten gleichwohl einen den Produktionskosten entsprechenden Preis bezahlen zu können, wird von der Importware je 100 kg brutto für netto ein Zuschlag von Fr. 30.— in eine Ausgleichskasse erhoben. Davon wird an die einheimischen Produzenten ausser dem festgesetzten Uebernahmepreis eine Rückvergütung von Fr. 20.— je 100 kg ausbezahlt, sofern sie ihre Ware an die Grossisten liefern.

Blumenkohl wird zur Zeit in kleineren Mengen aus Italien eingeführt, und grössere Lieferungen an *Zwiebeln* kommen aus Spanien herein. Voraussichtlich Ende Februar wird die Einfuhr von *Kabis* und *Kohl* aus Dänemark zugelassen werden, da bis zu diesem Zeitpunkt die Inlandware, die dieses Jahr besonders leicht verderblich ist, abgesetzt sein wird.

Ein grosser Ueberfluss besteht momentan an *Rübli* und *Randen*. Die Nachfrage nach diesen beiden Gemüsen ist ganz ungenügend, und die Produzenten wurden daher aufgefordert, eine strenge Qualitätsausortierung durchzuführen. Es wurden Verhandlungen mit dem Ausland aufgenommen, um die Ueberflüsse in die vom Krieg verwüsteten Mangelgebiete auszuführen.

Kurze Nachrichten

Das Bündner Steuergesetz angenommen. In der kantonalen Volksabstimmung wurde am 16. Dezember das neue Steuergesetz (s. «SKV» Nr. 50) mit 16 041 gegen 10 330 Stimmen angenommen. Mit Ausnahme der Konservativen Partei, welche Stimmfreiheit proklamiert hatte, wurde die Vorlage von allen Parteien befürwortet. Die Stimmbeteiligung betrug 75 %.

Bald wieder Ueberproduktion? Professor Vargas, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Akademie der Wissenschaften in Moskau, nimmt an, dass sich die grossen Industrieländer in minimal zwei und maximal vier Jahren erneut vor das Problem der Ueberproduktion gestellt sehen.

Weiterer Abbau der Kriegswirtschaft. Die Bewirtschaftung von Stärkesirup (Glykosesirup), Stärkezucker, Traubenzucker (Glukose, Dextrose), Invertzuckersirup, Rübenzuckersirup und Rohrzuckersirup wurde aufgehoben.

Das im Frühling 1941 errichtete Büro für Bergbau des Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amtes, dessen Aufgabe in der Förderung des einheimischen Bergbaus bestand, wird auf den 1. Januar 1946 aufgehoben. Die Aufhebung erfolgt, weil nicht mehr mit der Entstehung neuer Bergwerke zu rechnen ist.

Gemüse aus Marokko. Französisch-Marokko wird wieder in grösserem Umfange Gemüse exportieren, und zwar sollen 25 000 Tonnen Rübli und 10 000 Tonnen Tomaten für die Ausfuhr frei werden.

Früchte aus Belgisch-Kongo. Belgisch-Kongo beabsichtigt, Europa inskünftig mit Früchten zu beliefern.

Britische Automobile. Grossbritannien produzierte vor dem Kriege 390 000 Automobile und 108 000 Lastwagen, wovon nur 15 % exportiert wurden. Sir Stafford Cripps erklärte kürzlich, dass in Zukunft die Hälfte der Produktion ausgeführt werden müsse, d. h. ab Mitte 1946 sollen jährlich 100 000 Personen- und 25 000 Lastwagen ins Ausland geliefert werden.

Die elektrisch geheizte «Windak»-Wärmebekleidung, welche in Grossbritannien während des Krieges für Kampflieger und Tankführer hergestellt wurde, wird demnächst für den Gebrauch durch Automobilisten, Kühlhausarbeiter usw. zum Export gelangen. Die ausländische Nachfrage soll sehr gross sein; nach der Fertigstellung neuer Werkanlagen wird mit einer Tagesproduktion von 1000 Einheiten gerechnet.

Papierproduktion in Frankreich. In Frankreich wird pro 1946 mit einer Produktion von 650 000 Tonnen Papier gerechnet. Dies würde 50 % der Erzeugung von 1938 entsprechen. Die Papierindustrie wird monatlich 60 000 Tonnen Kohle erhalten. Es ist sogar vorgesehen, im kommenden Jahr bereits wieder den Export von Tapeten, Zigarettenpapier und Luxuspapeterien zu beginnen.

Gefrierkost. In den Vereinigten Staaten werden gegenwärtig in rund 40 000 Detailgeschäften 380 verschiedene Gefrierkost-Erzeugnisse verkauft. Es wird mit einer weiteren bedeutenden Zunahme des Konsums gefrorener Lebensmittel gerechnet. Donald Barr, Vizepräsident der Byrds Eye-Snyder Co., erklärte, dass die Produktionskapazität seiner Gesellschaft seit 1941 um 25 bis 30 % gesteigert wurde und dass mit etwa tausend Produkten Gefrierversuche angestellt wurden.

Aus der Praxis

Wie man Sitzungen und Versammlungen leitet (Schluss)

Vom Anstand in Sitzungen

Der gute Verlauf einer Sitzung hängt auch vom richtigen Verhalten der Teilnehmer ab.

Viele Menschen hören sich selber gern reden. Sie benützen eine Sitzung zur Schaustellung ihrer rhetorischen Gaben, ihres Witzes, ihrer Erfahrung. Könnten die Betreffenden doch nur einmal in die Gedanken ihrer Zuhörer hineinsehen! Ihre Eitelkeit müsste zerplatzen wie eine Seifenblase. Denn da würden sie vor allem dem innigen Wunsch begegnen, dass sie doch so schnell als möglich enden möchten.

Viele Redner lassen den Vorsitzenden im Ungewissen, ob sie zu Ende sind oder nur eine Gedächtnispause machen. Man sollte den Schluss eines Votums immer durch ein deutliches «Ich habe gesprochen» oder eine ähnliche Wendung markieren.

Ein ebenso grosses Laster wie die Redseligkeit ist aber bei Sitzungsteilnehmern die Unaufmerksamkeit. Sie hat zur Folge, dass bereits gesagte Dinge wiederholt werden oder dass verschiedene Redner nebeneinander vorbeireden.

Wie du mir, so ich dir. Wenn ich selber nicht imstande bin, mich auf die Meinungen meines Mitmenschen für 5 oder 10 Minuten zu konzentrieren, mit welchem Recht erwarte ich dann von ihm Aufmerksamkeit?

Darüber hinaus kann man allgemein sagen, dass Aufmerksamkeit das Zeichen geistiger Jugend und Elastizität ist. Auch wenn eine Rede meiner Meinung nach überflüssig ist, kann ich sie zur Schulung meiner Aufmerksamkeit benützen, und irgend etwas werde ich sicher dabei lernen.

Gerade bei bedeutenden Menschen fällt es immer wieder auf, dass sie zuzuhören verstehen und liebevoll auf den Standpunkt eines anderen eingehen, wenn er ihnen scheinbar noch so unterlegen ist. Eben

scheinbar! Denn wer weiss schliesslich, welche Werte in seinem Mitmenschen verborgen sind? Die Unaufmerksamkeit, die oft in Sitzungen mit betonter Blasiertheit zur Schau getragen wird, verrät nichts als sehr grosse Naivität.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man sagen: je besser eine Sitzung vorbereitet wird und je straffer der Vorsitzende sie leitet, desto weniger machen sich die Seuchen des Sitzungswesens bemerkbar: das endlose Wiederkaufen derselben Gedanken, das Ancinandervorbeireden und das Geltungsbedürfnis gewohnheitsmässiger Dauerredner.

Was ist die Aufgabe des Protokolls?

Ein Protokoll soll schriftlich alles enthalten, was für später wichtig werden kann.

Also erstens die gefassten Beschlüsse. Sie müssen schriftlich vorliegen, so dass nicht mehr daran gedeutelt werden kann.

Dann müssen aber auch die Voten in ihren wesentlichen Punkten darin niedergelegt sein. Denn vielleicht ergeben sich Streitigkeiten, was der eine gesagt oder nicht gesagt habe. Das Protokoll gibt Aufschluss darüber, und da es allen Teilnehmern vorlag, ist seine Auskunft verbindlich.

Ferner muss das Protokoll Anregungen aufnehmen, die während der Sitzung gemacht wurden, ohne dass es eigentliche Anträge gewesen wären.

Endlich können Bemerkungen von Sitzungsteilnehmern ausdrücklich zu Protokoll gegeben werden. Das empfiehlt sich manchmal, um möglichen Missverständnissen über eine Stellungnahme vorzubeugen.

Wie ausführlich soll man nun protokollieren? Darüber kann man natürlich keine allgemeine Regel aufstellen. Das Protokoll eines polizeilichen oder richterlichen Verhörs muss alle Aussagen des Verhörten möglichst wortgetreu enthalten und von ihm unterschrieben werden.

Das Protokoll einer innerbetrieblichen Sitzung — falls überhaupt eines geführt wird — braucht nur die Beschlüsse und allfällige wertvolle Anregungen festzuhalten.

Das Protokoll bei eigentlichen Verhandlungen muss auch die Voten der einzelnen Teilnehmer bringen. Es wäre aber falsch, sie nachzustenographieren. Die Kunst des Protokollführers besteht vielmehr darin, das Wesentliche herauszugreifen.

Wie greift man aber das Wesentliche heraus? Indem man nicht an der Form hängen bleibt, die der Votant seinen Gedanken gab, sondern dieselben selbst nachdenkt und in eine knappe, von jedem Beiwerk entkleidete Form bringt.

Der Protokollführer muss sich auf den Gegenstand der Sitzung sorgfältig vorbereiten, damit er in jedem Votum sofort den springenden Punkt erfassen kann.

Mit jedem Votum beginne man einen neuen Abschnitt.

Um so zusammenfassen zu können, bedarf es allerdings einer gewissen Routine und eines grossen Wortschatzes.

Besonders wichtig ist ein stehender Fonds an Wendungen wie: abraten, zuraten, bemängeln, kritisieren, dagegenhalten, unterstreichen, widerlegen, hinweisen auf, von einer anderen Seite beleuchten, einen Punkt aufgreifen, eine Frage aufwerfen, einen Antrag stellen, ins Feld führen, zurückweisen, in Abrede stellen, halten für, seiner Freude (oder dergleichen) Ausdruck

geben, warnen vor, die Meinung verfechten, zu bedenken geben, verteidigen, anklagen, bezichtigen, verfechten, empfehlen, berichtigen, bedauern, hervorheben, sich bedanken für, zustimmen, sympathisieren mit, begreifen, sich fragen, sich anschliessen usw.

Auf alle Fälle soll sich der Protokollführer vor Weitschweifigkeit hüten. Im Notfall steht es ja jedem Sitzungsteilnehmer frei, eine Abänderung des Protokolls zu verlangen, wenn er findet, sein Standpunkt sei missverstanden worden.

Sehr oft ist erwünscht, an der Spitze eines Protokolls die Traktandenliste zu haben. Sie dient dann sozusagen als Inhaltsverzeichnis, wenn jemand in alten Protokollen nachschauen will, wann über einen gewissen Punkt verhandelt wurde.

Nur der Vollständigkeit halber zähle ich noch die paar Dinge auf, die in keinem Protokoll fehlen sollten:

- a) Ueberschrift: Verein, Gegenstand der Sitzung;
- b) das Datum der Sitzung, Beginn und Ende;
- c) Zahl und bei kleineren Sitzungen Namen der Anwesenden, Entschuldigungen Abwesender;
- d) Name des Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder des Büros;
- e) der Vermerk, dass das Protokoll der Sitzung vorgelegen hat;
- i) die Unterschriften des Vorsitzenden und des Protokollführers.

*

Wer die ganze Broschüre von Dr. Küry liest, die bei «Emil Oesch, Verlag für persönliche und wirtschaftliche Förderung, Thalwil», erschienen und auch in den Genossenschaftsbuchhandlungen erhältlich ist, wird noch weitere nützliche Hinweise für die richtige Leitung von Sitzungen finden.

Die Arbeitszeit in den Bäckereien

Auf dem Wege zur völligen Abschaffung der Nachtarbeit.

An einer Konferenz, die im November stattfand und an der auch die Vereinigung der Konsumvereinsbäckereien und der Verein schweizerischer Konsumbäckermeister neben dem Schweizerischen Bäcker- und Konditorenmeisterverband, dem VHTL usw. vertreten waren, wurde folgende *Uebereinkunft über die Nachtarbeit* getroffen:

1. Die am Bäckereigewerbe interessierten Kreise, das heisst die organisierten Arbeitgeber einschliesslich der Genossenschaftsbäckereien, und die repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen unterstützen die sozialpolitische Forderung auf Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien und fördern jegliche darauf gerichtete Massnahme. Sie erklären sich bereit, am Erlass eines Gesetzes, welchem die Konvention Nr. 20 der Internationalen Arbeitskonferenz vom 8. Juni 1925 betreffend die Nachtarbeit in Bäckereien zugrunde gelegt ist, mitzuwirken oder auf der gleichen Grundlage gemeinsam nach einer vertraglichen Ordnung zu suchen.
2. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig noch bestehenden kriegswirtschaftlichen Einschränkungen mannigfacher Art (Mangel an Elektrizität, Brennstoffen, Benzin, Pneus usw.) wird mit Bezug auf den Arbeitsbeginn eine Uebergangsordnung getroffen, die bis längstens am 1. Juli 1946 gelten soll.

Während dieser Uebergangszeit wird grundsätzlich der Arbeitsbeginn auf 03.00 Uhr festgesetzt. Ausnahmen können bewilligt werden für dem Fabrikgesetz unterstellte Bäckereibetriebe auf Grund dieses Gesetzes und, bei Vorliegen besonderer Verhältnisse, für nichtunterstellte Bäckereien durch die im Gesamtarbeitsvertrag vom 1. Oktober 1945, Artikel 16, vorgesehene Berufskommission. Früher als um 01.00 Uhr und an Samstagen um 00.00 Uhr darf jedoch in keinem Fall mit Backen begonnen werden.

Ausnahmebewilligungen im Sinne von Absatz 2 hievon können von der Gewährung eines Lohnzuschlages für Nachtarbeit (Arbeit vor 03.00 Uhr) abhängig gemacht werden.

3. Die Herstellung von Gross- und Kleinbrot an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ist allgemein verboten.
4. Die vorgenannten Verbände ersuchen das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit mit der Führung aller Verhandlungen, die sich aus dem Abschluss dieser Uebereinkunft zwischen den Verbänden ergeben, und erwarten, dass die Behörden beförderliche Vorgehen ergreifen mit dem Ziel, die völlige Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien zu erreichen.

Erfahrungen mit Selbstbedienungsläden in USA

Zwei Gründe haben während der Kriegsjahre in den USA die Einführung von *Selbstbedienungsläden* gefördert: 1. der sehr akute Personalmangel, 2. die stark gestiegenen Löhne. Tatsächlich wurde die Erfahrung gemacht, dass so mit einem geringeren Personalbestand mengenmässig grössere Umsätze bewältigt werden können.

Eine zweckmässige Einrichtung der Läden ist Voraussetzung. Hier ein paar wichtige Grundsätze:

1. *Alle Waren* müssen *fertig verpackt* auf Regalen oder Tischen *bequem erreichbar* sein.
2. *Genaue Angaben* über Qualitäten, Gewichte und Preise sind zu allen Waren erforderlich.
3. Durch eine *entsprechende Anordnung der Regale und Korpusse* muss der Kundenstrom im Sinne eines Einbahnverkehrs möglichst an allen Waren vorbeigelenkt werden (ähnlich wie wir es von Ausstellungen her als «Rundgang» kennen).
4. Den Kunden müssen am Eingang *Warenkörbe* übergeben werden, in denen alle Waren Platz finden. Vor allen Warengestellen sind Abstellplätze für diese Körbe vorzusehen.
5. Der Kundenstrom muss in übersichtlicher Weise zur *Kasse und zum Paktisch* gelenkt werden (Fortsetzung des Rundganges), beide möglichst nah am Ausgang gelegen.

Verkaufspersonal steht nur zur Beratung und Beaufsichtigung bereit. Die Instruktion wird lauten: nichts verkaufen, nur auf Fragen freundliche Antworten geben, eventuell unsichere oder unschlüssige Kunden begleiten.

Die *Verkaufsergebnisse scheinen durchwegs ausgezeichnet*. Denn es bewahrheitet sich einmal mehr der Grundsatz, dass die einladend bereitliegenden Waren *Wünsche bei der Kundschaft wecken*. Amerikanische Untersuchungen ergeben, dass die Kaufwünsche durch das Zurschaustellen der Waren entstehen.

Aus: «Der Organisator», Monatsschrift

FREUDE

*Manchmal kommt die Freude über Nacht,
wie ein Traum: ein kleines, helles Licht,
das — von einer fremden Hand entlacht —
leise leuchten möchte, bis die Nacht
wieder schwindet — und das Dunkel bricht. —*

*Manchmal kommt die Freude mit dem Tag,
den die Pflicht erfüllt mit starkem Sein!
Und ich weiss mit jedem neuen Schlag
meines Herzens: heut' darf ich dem Tag
danken für sein Glück — und fröhlich sein! —*

Leonie E. Beglinger

Bildungswesen

Ein umfassendes Bildungsprogramm für das Genossenschaftspersonal

Der Konsumverein Winterthur will diesen Winter ein grosszügiges Winterprogramm durchführen. Und zwar nicht etwa nur für die Lehrtöchter. Die Kurse richten sich an die jüngste Lehrtöchter sowohl wie an die bewährte, durch langjährige Erfahrung allen Situationen gewachsene 1. Verkäuferin. So steht Kurs I den *Lehrtöchtern* im 1. Lehrjahr offen, Kurs II den Lehrtöchtern im 2. Lehrjahr. Weiter findet ein Kurs für *Umlehrtöchter* statt. Alle 14 Tage treffen sich um 19.30 Uhr die *Verkäuferinnen* zu einem Ausbildungskurs. Und ebenfalls alle 14 Tage um 19.30 Uhr haben besonders die *Filialeleiterinnen* Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu erweitern.

Ein besonders anspornender Appell richtet sich an die «Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen des Konsumvereins», sich an den *Studienzirkeln* zu beteiligen. Weiter ist vorgesehen, für das Büro- und Betriebspersonal einige «*Bildungsabende*» über aktuelle genossenschaftliche Probleme zu veranstalten. Ebenso sollen *Besichtigungen* und *fachmännische Führungen* durch die KW-Abteilungen organisiert werden.

In dieser Aktivität liegt der energische Wille, von zuoberst bis zuunterst eine Arbeitsgemeinschaft zu schmieden, die den höchsten Anstrengungen gewachsen ist. Wer unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen arbeiten darf und dazu erst noch im Dienst einer sozialen Bewegung steht, von dem *muss* erwartet werden, dass er bereit ist, etwas von seiner Freizeit für die Genossenschaft zu opfern und sich zum Nutzen des Ganzen weiterzubilden. Ausreden und Entschuldigungen, wie sie während des Krieges aus oft durchaus plausibeln Gründen an der Tagesordnung waren, haben jetzt gewiss zum weitaus grössten Teil ihre innere Berechtigung verloren. Im KV Winterthur wird deshalb das Personal u. a. mit folgenden Worten an seine Weiterbildungspflicht gemahnt:

«Der Krieg ist zu Ende und damit auch die Zeit, wo alles, was unterlassen wurde, mit dem Krieg und seinen Begleiterscheinungen entschuldigt werden konnte. Das ist aus! Wir stehen schon drin, in der Nachkriegszeit, auf die so vieles verschoben wurde. Jetzt gilt's, die neue Zeit zu gestalten, sie mit neuem Schwung zu beleben. Aber das kommt nicht von selbst; wir müssen die Zukunft formen, ihr den rechten Inhalt geben.»

Die Bewegung im Ausland

Finnland. Die OTK im Jahre 1944. Der Bericht des linksgerichteten finnischen Grosseinkaufsverbandes OTK weiss trotz der kriegerischen Ereignisse von Erfolgen zu berichten. Als Resultat des Waffenstillstandes mussten zwar 10 % der Bevölkerung ihre früheren Heimstätten verlassen, und die Beschaffung neuer Unterkunft und Arbeitsgelegenheit für sie bildet eines der dringendsten Probleme. Von den dem OTK angeschlossenen Genossenschaften verloren 8 ihr ganzes Wirtschaftsgebiet an Russland und sind zur Liquidation gezwungen; 5 andere verloren einen Teil ihres Gebietes, können aber ihre Tätigkeit weiter ausüben. Die staatliche Preis- und Lohnkontrolle verhinderte eine wesentliche Geldentwertung.

Der Umsatz des Verbandes OTK erreichte 2033,7 Millionen finnische Mark, 27,8 Millionen oder 1,4% mehr als 1943. Ausser

dem Zentralsitz in Helsinki besitzt OTK 7 Zweigniederlassungen in verschiedenen Landesteilen. Die Eigenproduktion des Verbandes im Jahre 1944 wird auf 361,6 Millionen finnische Mark veranschlagt, 31,3 Millionen oder 9,5 % mehr als 1943. Der Verband betreibt eine Mühle, eine chemische Fabrik, eine Zündholzfabrik, eine Fleischkonservierungsanlage, verschiedene Kleider- und Bettenfabriken, eine Kaffeerösterei und eine Margarinefabrik. Die letztere musste aber 1943 ihren Betrieb wegen Mangels an Rohmaterial schliessen.

Alle diese Betriebe verfügen über eigene Laboratorien. OTK besitzt ausserdem die Aktienmehrheit in verschiedenen anderen Betrieben (Molkereien, Kartoffelmehl- und Malzfabrik, Gemüsetrocknungsanlage).

Dem Verbande sind 129 Konsumgenossenschaften angeschlossen mit 342 000 Mitgliedern (1943: 363 267) und 4328,5 Millionen finnische Mark Umsatz (1943: 3919 Millionen). Ende 1944 betrieben die Verbandsgenossenschaften 2501 Läden und 305 Restaurants.

Bibliographie

«*Junggenossenschaftler*», Dezembernummer. Nr. 12 des Organs des Bundes der schweizerischen Genossenschaftsjugend widmet sowohl im deutschsprachigen als auch im französischsprachigen Teil mehrere Seiten der Weltjugendkonferenz in London, an welcher auch die schweizerische Genossenschaftsjugend durch zwei Delegierte vertreten war, die nun in gediegener Form ihre Eindrücke von der Reise und Tagung erzählen. Franz Carl Endres zeigt in einem dritten und letzten Aufsatz die Probleme auf, die sich der jungen Generation nach dem Kriege stellen. Originell und von mannigfacher Arbeit Kunde gebend sind die Mitteilungen aus der Bewegung.

«*Vaincre ensemble*» begrüsst in freundlichen Worten den Eintritt von Herrn Charles-Henri Barbier in die Direktion des V.S.K. und weist darauf hin, dass der neugewählte Direktor sich stets für die junggenossenschaftlichen Probleme interessiert und speziell bei der Gründung der genossenschaftlichen Jugendbewegung in der welschen Schweiz lebhaften Anteil an der Entwicklung und Ausgestaltung genommen und immer seine Mitarbeit zugesagt hat. Sodann lesen wir von einer Junggenossenschaftlerzusammenkunft in Neuenburg, die das Verhältnis unter den Gruppen gekräftigt und eine solide Grundlage für die Zukunft geschaffen hat.

R. A.-i.

Aus unserer Bewegung

Dienstjubiläen und Geburtstage von Konsumverwaltern

Der Aufmerksamkeit des Vereins schweizerischer Konsumverwalter verdanken wir die folgenden Daten, die im Leben und in der Tätigkeit verschiedener Verwalter von Verbandsvereinen bedeutsame Punkte darstellen und deshalb auch hier erwähnt werden sollen.

Im Oktober konnte Herr *Hafner*, Verwalter des Konsumvereins Balsthal, das Jubiläum seines 25jährigen Dienstes feiern. Herr *Meister*, Olten, dessen Verdienste anlässlich seines 60. Geburtstages in Nr. 31 des «SKV» gewürdigt wurden, konnte im August ebenfalls auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Aufbauarbeit zurückblicken. Am 17. Dezember beging Herr *Zweifel*, Verwalter des Konsumvereins Rüti-Tann, seinen 50. und am 26. Dezember Herr *Eugster*, Verwalter des Allgemeinen Konsumvereins Wädenswil-Richterswil, den 60. Geburtstag.

Wenn unsere Bewegung so heil durch die Kriegsjahre gekommen ist, so verdanken wir dies nicht zuletzt dem Eifer und der Hingabe unserer Verwalter, denen ein besonders grosses Mass an Verantwortung vorbehalten war. Deshalb mögen auch die oben Erwähnten nicht nur des Dankes für alle Erfolge und Hingabe im Dienste unserer Sache gewiss sein, sondern auch von dieser Stelle aus — besonders im Namen ihrer Kollegen im Verwalterverein — herzliche Wünsche für ihr weiteres Wirken entgegennehmen.

Aus unseren Verbandsvereinen

Umsätze:	1944/45	1943/44
Balsthal	1 311 900.—	1 212 600.—
Bischofszell	459 500.—	451 500.—
Bützberg	246 700.—	202 700.—
Etzgen	94 300.—	92 100.—
Lauterbrunnen	92 900.—	93 800.—
Rünenberg-Kilchberg	196 900.—	215 300.—

Doppelte Rückvergütungen gewähren: **Brugg** vom 10. Dezember 1945 bis 12. Januar 1946 auf Textil-, Mercerie- und Schuhwaren, **Turgi** vom 10.—22. Dezember auf allen Manufakturwaren und Holzschuhen und **Uzwil** während des ganzen Monats Dezember auf Brot und sämtlichen Backwaren.

Referate hielten: Herr Fritz Senn, vom ACV beider Basel, in **Fahrwangen**, Frau Schärli, Präsidentin der Frauenkommission der KG Bern, an der Versammlung zum 40jährigen Bestehen der Konsumgenossenschaft in **Belp** über «Die Rolle der Frau in der Konsumgenossenschaft», Herr Löliger in **Hombrechtikon-Feldbach** über «Die Genossenschaft in der Zukunft», Herr Dr. Mühlemann, Redaktor des «GV», in **Huttwil** über «Aufgaben der Genossenschaft in der Nachkriegszeit» und Herr Nationalrat E. Herzog, Mitglied der Direktion des ACV beider Basel, in **Glarus** über «Die Wirtschaftsartikel im Verhältnis zu den Genossenschaften».

Mit genossenschaftlichen Filmdarbietungen erireuten **Murgenthal**, **Rapperswil** und **Uetendorf**, während **Uster** zu einer Vorstellung der «Heidi-Bühne» lud.

In **La Chaux-de-Fonds** und **Gené** hielt Herr Marcel Brot, Administrateur-délégué de l'Union des coopérateurs de Lorraine, Vorträge über «La vie d'une coopérative française pendant la guerre». **Neuchâtel** erireute seine Genossenschafter von **Vallangin**, **Marin** und **Thielle** mit «Viribus unitis».

Aus der Tätigkeit der Konsumgenossenschaftlichen Frauenvereine: Bei genügender Beteiligung organisiert **Arbon** einen Finkenkurs, **Biel** lud zum Vortrag von Frau Piarré von Greyerz, Münchenbuchsee, über «Was will das Label?» und zu einer Weihnachtsfeier, während **Weinfelden** und **Wetzikon** Adventsfeiern veranstalteten. In **Thalwil** hat die Gründungsversammlung des Genossenschaftlichen Frauenvereins stattgefunden. Frau Jeannet-Nicolet, présidente de l'Alliance des sociétés féminines de Suisse, sprach in **Lausanne** über «Travail social et réformes sociales», während in **Monthey** Frl. F. Cornuz, vice-présidente de l'U.C.R., eine kleine Plauderei hielt über «Vaudoiseries». B.

Basel. Weihnachtsfeier für Basler Genossenschaftskinder. Der Konsumgenossenschaftliche Frauenverein beider Basel hat dieses Jahr wieder über 500 Genossenschaftskindern viel Freude bereitet. Das Arbeitskränzchen St. Clara, in dem mit viel Fleiss und einer oft bewundernswerten Hingabe das ganze Jahr hindurch auf das Weihnachtsfest hin gearbeitet wird, hatte wieder sehr schöne Geschenke vorbereitet, die auf einer langen Tischreihe hochaufgeschichtet darauf warteten, von der gewaltigen Kinderschar dankbar und beglückt entgegengenommen zu werden. Doch vorher sah sich die Weihnachtsgemeinde noch ein gediegen und liebevoll zusammengestelltes Programm an. Dem mütterlichen Begrüßungswort von Frau **Münch**, Präsidentin des Konsumgenossenschaftlichen Frauenvereins beider Basel, folgten ein von einer 3. Primarklasse unter der Leitung von Frl. Kappis mit gewiss viel Geduld eingeübtes, recht nett dargebotenes Weihnachtsspiel, sowie flotte Tänze der leichtbelebten jungen Denise Berkessel. Musik der Kapelle Petermann und Weihnachtslieder schufen den stimmungsvollen Rahmen. — Den vielen Frauen, die sich das Jahr hindurch und an der Weihnachtsfeier selbst wieder so uneigennützig in den Dienste der genossenschaftlichen sozialen Arbeit gestellt haben, gebührt herzlicher Dank.

Genossenschaftliches Seminar

(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind folgende Beträge überwiesen worden:

- Fr. 400.— vom Konsumverein Thun-Steffisburg
- » 300.— von der Konsumgenossenschaft Interlaken
- » 200.— vom Konsumverein Klosters
- » 200.— von der Allg. Konsumgenossenschaft Grenchen
- » 200.— vom Konsumverein Liestal
- » 100.— von der Konsumgenossenschaft Lengnau

Diese Vergabungen werden hiermit bestens verdankt.

Arbeitsmarkt

Angebot

Konsumfiliale erfolgreich zu führen wünscht junges Paar, kaufmännisch gebildet, verkaufserfahren. Kenntnisse: Lebensmittelbranche, Schulbranche, Rationierungswesen. Fragen Sie um Angebot unter Chiffre A. U. 169 bei der Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Junger Angestellter, der seine kaufmännische Lehre in einem Konsumverein mit Erfolg bestanden hat, sucht Stelle in einem Konsumverein mit 500 000 bis 1 000 000 Franken Umsatz als **Stütze des Verwalters**. Würde auch gerne Magazinarbeiten übernehmen. Referenzen und Zeugnisse stehen zu Diensten. Geil. Offerten an Anton Ackermann, Ragnatsch/Mels (St. G.).

Für 17jährige Tochter wird auf Frühjahr 1946 **Verkäuferrinnen-Lehrstelle** auf dem Lande gesucht mit Kost und Logis. Zürichseegegend bevorzugt. Offerten unter Chiffre B. A. 171 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Wegen Todesfalls ist die Stelle eines

DIREKTORS

der **SCHUH-COOP**, Basel, neu zu besetzen. In Betracht kommt nur bestqualifizierter, initiativer Fachmann der Schuhbranche mit organisatorischen Fähigkeiten und besonderer Erfahrung auf dem Gebiete der Schuhversorgung vom Einkauf bis zum Verkauf.

Ausführliche Offerten mit Lebenslauf und Photo (Besoldungsregelung nach Übereinkunft) sind zu richten an den Präsidenten der Verwaltung der Schuh-Coop, Basel.

INHALT:

	Seite
<i>Der Stand der Kleinhandelspreise in den Schweizer Städten am 1. Dezember 1945</i>	677
<i>Ein gewerblicher Ueberrumpelungsversuch im Nationalrat</i>	681
<i>Die staatliche Preispolitik in und nach dem Kriege</i>	683
<i>Wegbereiter des ACV beider Basel</i>	684
<i>Ein verdienter Genossenschafter österreichischer Bundespräsident</i>	685
<i>«Volks»wirtschaftslehre und nicht «Millionär»wirtschaftslehre</i>	685
<i>Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell 1944/45</i>	685
<i>Die Genossenschaften in der Tschechoslowakei</i>	686
<i>Auch in Selkingen und Martisberg geht es vorwärts</i>	687
<i>Verschiedene Tagesfragen</i>	688
<i>Die Situation auf dem Gemüsemarkt</i>	688
<i>Kurze Nachrichten</i>	688
<i>Wie man Sitzungen und Versammlungen leitet</i>	689
<i>Die Arbeitszeit in den Bäckereien</i>	690
<i>Erfahrungen mit Selbstbedienungsläden in USA</i>	690
<i>Freude</i>	690
<i>Ein umfassendes Bildungsprogramm für das Genossenschaftspersonal</i>	691
<i>Die Bewegung im Ausland</i>	691
<i>Bibliographie</i>	691
<i>Dienstjubiläen und Geburtstage von Konsumverwaltern</i>	691
<i>Aus unseren Verbandsvereinen</i>	692
<i>Genossenschaftliches Seminar</i>	692
<i>Arbeitsmarkt</i>	692